

1973



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss 1 6. Okt. 1991

Décision

Decisione

Bericht über die Umsetzung der Massnahmenvorschläge des Schlussberichts "Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi" (1988)

Aufgrund des Antrages des EDI vom 19. September 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Vom Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Massnahmenvorschläge des Schlussberichts 1988 "Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi" wird Kenntnis genommen.
2. Das Bundesamt für Kultur wird beauftragt, den Bericht allen interessierten Dienststellen und Institutionen (einschliesslich Regiebetriebe) zuzustellen.
3. Die interdepartementale Arbeitsgruppe "Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi" wird beauftragt, ihre Arbeit weiterzuführen. Schwerpunkt der künftigen Arbeit soll die Umsetzung der Empfehlungen bei den Organen der Bundesverwaltung sein.
4. Mittels einem von der Arbeitsgruppe zu erarbeitenden Raster sollen die Adressaten innerhalb der Bundesverwaltung regelmässig rund alle zwei Jahre über die weitere Umsetzung der Empfehlungen berichten. Die Ergebnisse sind zu publizieren.
5. Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den mitinteressierten Stellen eine gemeinsame Tagung der Adressaten aus dem Bildungs- und Hochschulbereich zu organisieren, um die Umsetzung der Empfehlungen auch bei den mit den Bundesorganen regelmässig zusammenarbeitenden Institutionen zu fördern.
6. Das EDI wird ermächtigt, den Bericht zu veröffentlichen.

Protokollauszug an:

ohne / mit Beilage

Nr.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
		EDI	10	-
	X	EJPD	5	-
	X	EMD	5	-
	X	EFD	7	-
	X	EVD	5	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	3	-
		EFK		
		Fin.Del.		

Für getreuen Protokollauszug:

Hanna Murrat





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

3003 Bern, den 19. September 1991

An den Bundesrat

**Bericht über die Umsetzung der Massnahmenvorschläge des
 Schlussberichts 1988 "Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz
 von Nairobi**

1. Ausgangslage

Im Anschluss an die UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi 1985 setzte der Bundesrat 1986 eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit dem Auftrag ein, die bundesverwaltungsinterne Anwendung des in Nairobi verabschiedeten Strategiendokumentes (FLS) zu prüfen und zuhanden des Bundesrates entsprechende Konkretisierungsvorschläge auszuarbeiten.

Nach Vorliegen und nach Kenntnisnahme des Schlussberichts beauftragte der Vorsteher des Eidg. Departementes des Innern die interdepartementale Arbeitsgruppe, regelmässig eine Auswertung der Umsetzung der Empfehlungen vorzunehmen und dem Bundesrat Antrag für allfällige weitere Massnahmen zu stellen. Aus diesem Grund nahm die Arbeitsgruppe ihre Arbeit im Frühjahr 1990 wieder auf. Die Leitung der Arbeitsgruppe oblag wie bereits beim Schlussbericht dem Bundesamt für Kultur, das auch die Sekretariatsarbeiten besorgte.

Die Arbeitsgruppe führte in der Folge bei den Adressaten des Schlussberichtes mittels Fragebogen eine schriftliche Befragung zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen durch.

2. Bericht

Der von der Arbeitsgruppe im Juni 1991 verabschiedete Bericht über die Ergebnisse der Befragung beinhaltet eine Auswertung der Umsetzungsarbeiten nach den folgenden, bereits im Schlussbericht aufgeführten, Sachgebieten:

- Statistik
- Gesundheit und sozialer Schutz
- Abrüstung, Frieden, Friedenserziehung
- Bildung, Ausbildung und Forschung
- Berufsbildung und Arbeit
- Entwicklung.

Des weiteren enthält der Bericht eine Einschätzung der Reaktionen auf die Empfehlungen des Schlussberichtes, Hinweise auf Barrieren bei der Umsetzung der Massnahmenvorschläge und Anregungen zur weiteren Umsetzungsarbeit.

3. Weiteres Vorgehen

Der Bericht über die Umsetzung der Massnahmenvorschläge des Schlussberichts soll allen Adressaten innerhalb der Bundesverwaltung und den mit Bundesorganen zusammenarbeitenden Institutionen zur Kenntnis gebracht werden. Das Bundesamt für Kultur wird mit der Verteilung der Berichte an diese Stellen beauftragt.

Da das Echo auf den Schlussbericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe als gut bezeichnet werden kann und sich insbesondere auch die vom Bundesrat gewünschte Ueberprüfung und Auswertung der seit 1988 erfolgten Massnahmen als sinnvoll erwiesen hat, sollte der Realisierung der Empfehlungen auch weiterhin Beachtung geschenkt werden. Schwerpunkt der künftigen Arbeit sollte die Umsetzung der Empfehlungen bei den Organen der Bundesverwaltung sein. Mittels einem von der Arbeitsgruppe als nächsten Schritt zu erarbeitenden Raster sollen die Adressaten innerhalb der Bundesverwaltung regelmässig rund alle zwei Jahre über die weitere Umsetzung der Empfehlungen berichten.

Um die Umsetzung der Empfehlungen auch bei den mit den Bundesorganen regelmässig zusammenarbeitenden Institutionen im Bildungs- und Hochschulbereich zu fördern, ist es sinnvoll, eine gemeinsame Tagung der Adressaten aus diesem Bereich zu organisieren. Eine solche Fachtagung kann zur weiteren Sensibilisierung und zur Realisierung der Empfehlungen animieren.

Um die im Bericht enthaltenen Anstösse zur Durchführung von Massnahmen allen Adressaten des Schlussberichts und einer interessierten Oeffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen, schlagen wir vor, nach der Veröffentlichung des Schlussberichts nunmehr auch den Folgebericht zu publizieren.

4. Aemterkonsultation

Die Konsultation der am Schlussbericht interessierten Bundesstellen erfolgte bereits im Rahmen der interdepartementalen Arbeitsgruppe. Die eingegangenen Anregungen und Aenderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge wurden im vorliegenden Bericht berücksichtigt.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES
DEPARTEMENT DES INNERN


Flavio Cotti

Beilagen:

Entwurf des Beschlusdispositivs
Bericht über die Umsetzung der Massnahmenvorschläge (d, f, i)

Protokollauszug an:

EDI 10 Ex. (GS 3; ID 1; BAK 6) zum Vollzug
Übrige Departemente und Bundeskanzlei: 7 Ex. z.K.

Im Auftrag des Antrages des EDI vom 19. September 1991
über das Ergebnis des Mitbestimmungsverfahrens wird

Beschlossen:

Der Bericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Um-
setzung der Massnahmenvorschläge des Schlussberichts 1988
'Folgearbeiten zur UNO-Feldfrauenkonferenz von Nairobi' wird
als Grundlage für weiter wird beauftragt, den Bericht allen in-
ternen Dienststellen und Institutionen (einschliesslich
Kantone) einzustellen.
Die interdepartementale Arbeitsgruppe 'Folgearbeiten zur UNO-
Frauenkonferenz von Nairobi' wird beauftragt, ihre Arbeit
fortzuführen. Schwerpunkt der künftigen Arbeit soll die
Umsetzung der Empfehlungen bei den Organen der Bundesverwaltung
sein.
Die Arbeitsgruppe zu erarbeitenden Bericht
über die Adressaten innerhalb der Bundesverwaltung
soll bis zwei Jahre über die weitere Umsetzung der
Empfehlungen berichten. Die Ergebnisse sind zu publizieren.
Der Bundesrat beauftragt das BSK, in Zusammenarbeit mit den
interdepartementalen Stellen eine gemeinsame Tagung der Adressaten
zur Bildung- und Hochschulbereich zu organisieren, um die
Umsetzung der Empfehlungen auch bei den mit den Bundesorganen
eng verbundenen ausserparlamentarischen Institutionen zu fördern.
Der Bericht wird erachtet, den Bericht zu veröffentlichen.

Für getreuen
Protokollauszug:

interdepartementale Arbeitsgruppe
zur Umsetzung der Massnahmenvorschläge der Schluss-
berichts "Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi"
(1988)

Aufgrund des Antrages des EDI vom 19. September 1991
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

1. Vom Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Massnahmenvorschläge des Schlussberichts 1988 "Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi" wird Kenntnis genommen.
2. Das Bundesamt für Kultur wird beauftragt, den Bericht allen interessierten Dienststellen und Institutionen (einschliesslich Regiebetriebe) zuzustellen.
3. Die interdepartementale Arbeitsgruppe "Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi" wird beauftragt, ihre Arbeit weiterzuführen. Schwerpunkt der künftigen Arbeit soll die Umsetzung der Empfehlungen bei den Organen der Bundesverwaltung sein.
4. Mittels einem von der Arbeitsgruppe zu erarbeitenden Raster sollen die Adressaten innerhalb der Bundesverwaltung regelmässig rund alle zwei Jahre über die weitere Umsetzung der Empfehlungen berichten. Die Ergebnisse sind zu publizieren.
5. Der Bundesrat beauftragt das BBW, in Zusammenarbeit mit den mitinteressierten Stellen eine gemeinsame Tagung der Adressaten aus dem Bildungs- und Hochschulbereich zu organisieren, um die Umsetzung der Empfehlungen auch bei den mit den Bundesorganen regelmässig zusammenarbeitenden Institutionen zu fördern.
6. Das EDI wird ermächtigt, den Bericht zu veröffentlichen.

Für getreuen
Protokollauszug:

Interdepartementale Arbeitsgruppe
 Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi

Seite

BERICHT UEBER DIE UMSETZUNG DER MASSNAHMENVORSCHLÄGE
 DES SCHLUSSBERICHTS 1988 "FOLGEARBEITEN ZUR UNO-
 WELTFRAUENKONFERENZ VON NAIROBI"

Anhangsliste

Auftrag und Vorgehensweise der Arbeitsgruppe
 Die Mitglieder der Arbeitsgruppe

1. Bericht Fragebogenstudie 1989	1
2. Reaktionen auf die Empfehlungen des Schlussberichtes 2.1. Kriterien und Beispiele zur Umsetzung der Massnahmenvorschläge	2
3. Massnahmen zur weiteren Umsetzung	10
4. Bewertung der Umsetzungsarbeiten nach Sachgebieten	11
5. Fazit	21
6. Anhang	21
7. Literaturverzeichnis	25

Juni 1991

Inhalt

	Seite
A. Ausgangslage	
1. Auftrag und Vorgehensweise der Arbeitsgruppe	1
2. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe	2
B. Fragebogenerhebung bei den Adressaten des Schlussberichtes	
1. Durchführung der Fragebogenerhebung	3
2. Ueberblick über die Ergebnisse der Umfrage	3
2.1. Uebersicht Fragebogenerhebung 1990	4
2.2. Reaktionen auf die Empfehlungen des Schlussberichtes	8
2.3. Barrieren und Hemmnisse bei der Umsetzung der Massnahmenvorschläge	9
2.4. Anregungen zur weiteren Umsetzungsarbeit	10
3. Auswertung der Umsetzungsarbeiten nach Sachgebieten	11
4. Fazit	21
C. Weiteres Vorgehen	21
D. Anhang	25

A. Ausgangslage

1. Auftrag und Vorgehensweise der Arbeitsgruppe

Zur Umsetzung des an der UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi im Juli 1985 verabschiedeten Strategiendokumentes ('Forward Looking Strategies') hat der Bundesrat 1986 eine interdepartementale Arbeitsgruppe 'Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi' eingesetzt. Sie wurde mit der Aufgabe betraut, die bundesverwaltungsinterne Anwendung dieses Strategiendokumentes zu prüfen und zuhanden des Bundesrates entsprechende Konkretisierungsvorschläge auszuarbeiten.

Der 1988 von der Arbeitsgruppe erstellte Schlussbericht enthält Massnahmenempfehlungen in den Sachgebieten Statistik, Gesundheit und sozialer Schutz, Abrüstung/Frieden/Friedenserziehung, Bildung/Ausbildung/Forschung, Berufsbildung und Arbeit sowie Bund als Arbeitgeber, welche an spezifische Adressaten (Bundesamt, Departement, Bundesrat, interessierte gesamtschweizerische Institutionen ausserhalb der Bundesverwaltung) gerichtet werden. Zudem werden jeweils der Intensitätsgrad (Unterstützung/Weiterbildung bisheriger Bemühungen, Intensivierung bisheriger Aktivitäten, neue Aufgaben) sowie der zeitliche Rahmen (kurz-, mittel- oder langfristig) bestimmt. Die zum Thema Entwicklung verabschiedeten Nairobi-Strategien werden gesamthaft gewürdigt.

Nach Vorliegen und nach Kenntnisnahme des Schlussberichts beauftragte der Vorsteher des Eidg. Departementes des Innern die interdepartementale Arbeitsgruppe, regelmässig eine Auswertung der Umsetzung der von ihr vorgeschlagenen Empfehlungen vorzunehmen und dem Bundesrat Antrag für allfällige Umsetzungsmassnahmen zu stellen.

Aus diesem Grund nahm die Arbeitsgruppe ihre Arbeit im Frühjahr 1990 wieder auf. Sie traf sich in der Folge zu drei weiteren Sitzungen. Nach einem ersten mündlichen 'Inventar' über die Umsetzung der Massnahmen in den einzelnen Bundesämtern wurde beschlossen, bei den Adressaten der Empfehlungen mittels Fragebogen eine schriftliche Befragung vorzunehmen.

Die Arbeitsgruppe entschied sich dabei für einen Fragebogen mit möglichst umfassenden und offenen Fragen, um den Befragten Raum zu geben für Bemerkungen und Einschätzungen. Es erschien der Arbeitsgruppe wichtig, nicht allein nach konkret durchgeführten Massnahmen zu fragen, sondern auch Rückmeldungen und Reaktionen auf den Schlussbericht und die darin aufgeführten Empfehlungen zu bekommen.

Nach der im August/September 1990 durchgeführten Fragebogenerhebung wurden in einem nächsten Schritt die Fragebogen ausgewertet, die Ergebnisse diskutiert und das weitere Vorgehen beschlossen. Der vorliegende Bericht wurde von der Arbeitsgruppe im Juni 1991 einstimmig verabschiedet.

2. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe

ADAM Elisabeth
Bundesamt für Sozialversicherung

BAUMANN Elisabeth
Eidg. Finanzdepartement

COSSALI Monique
Bundesamt für Justiz

COSTA Corinne
Bundesamt für Statistik

GARKE Esther
Bundesamt für Bildung und Wissenschaft

KELLER Elisabeth (Vorsitz)
Bundesamt für Kultur

LAEDRACH-FELLER Verena
Bundesamt für Kultur

LIEBERHERR Françoise
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

MOSER-BURRI Silvia
Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit

PREISIG Ursula
Eidg. Personalamt

SCHLAEPPI Erika
Direktion für Völkerrecht

B. Fragebogenerhebung bei den Adressatinnen und Adressaten des Schlussberichtes

1. Durchführung der Fragebogenerhebung

Der von der interdepartementalen Arbeitsgruppe entwickelte Fragebogen (vgl. Anhang 2) wurde im August/September 1990 an alle Adressaten des Nairobi-Schlussberichtes gesandt, welche in der Zusammenstellung der Empfehlungen aufgeführt sind (vgl. Anhang 1).

Der Rücklauf der Fragebogen war unterschiedlich: Von den angefragten Departementen bzw. Bundesämtern wurde der Fragebogen von allen ausgefüllt zurückgesandt.

Bei den angeschriebenen Institutionen des Bundes ausserhalb der Bundesverwaltung sowie den kantonalen und privaten Institutionen haben 11 von 19 Adressaten geantwortet. Folgende fünf Institutionen haben den Fragebogen ausgefüllt: Eidg. Maturitätskommission, Nationale Schweiz. UNESCO-Kommission, die Schweiz. Hochschulkonferenz, der Schweiz. Nationalfonds und die SUVA. Die Schweiz. Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren hat von sich aus zu den Empfehlungen des Schlussberichtes Stellung bezogen und zwar bereits im Sept. 1989 in einer Stellungnahme zuhanden des Bundesrates. Trotz einem Erinnerungsschreiben im Dezember 1990 an acht Adressaten, die auf die erste Anfrage nicht reagiert hatten, ist nur eine weitere Antwort eingetroffen - vom Verein Schweiz. Gymnasiallehrer (VSG), der sich mit dem Bericht jedoch nicht befasst hat.

Es zeigt sich damit, dass die Verbindlichkeit in diesem Zusammenhang eine grosse Rolle spielt: Von den angeschriebenen Departementen bzw. Bundesämtern musste nur eines erneut um eine Antwort gebeten werden. Die mit der Bundesverwaltung in Kontakt stehenden Institutionen, welche eingeladen wurden, die sie betreffenden Massnahmen zu prüfen, fühlten sich weit weniger zu einer Antwort verpflichtet. Sie gaben zudem nur zu einem geringen Teil auch eine ausführliche Antwort.

Die gewählte Methode (Fragebogen, mehrheitlich offene Fragen) sollte den Adressaten neben der Beantwortung der Fragen auch die Möglichkeit bieten, eine 'interne Zwischenbilanz' zu ziehen. Diese Möglichkeit wurde teilweise genutzt. So zeigen die Ergebnisse nicht nur auf, welche der im Schlussbericht empfohlenen Massnahmen bisher diskutiert und durchgeführt worden sind, sondern enthalten auch allgemeine Aussagen über die Einschätzung der Empfehlungen durch die verschiedenen Aemter und Institutionen.

2. Ueberblick über die Ergebnisse der Umfrage

2.1. Uebersicht Fragebogenerhebung 1990

Eine quantitative Uebersicht gibt die folgende Zusammenstellung der Antworten der Adressatinnen und Adressaten:

2.1. Uebersicht Fragebogenerhebung 1990

Fragebogen	Fragebogen ausgefüllt	Bericht verteilt	Bericht besprochen	Massnahmen ergriffen	Zusätzliche Angaben
A					
Generalsekretariat der Parlamentsdienste	ja	nein	nein	nein	nein
Einzelne Departemente und Bundesämter:					
EDA	nein	ja	ja	ja	Stellungnahme
- Direktion für Entwicklungszusammen- arbeit und humanitäre Hilfe	ja	ja	nein	nein	Beilage
EDI					
- Bundesamt für Kultur	ja	ja	ja	ja	ja
- Bundesamt für Gesundheitswesen	nein	nein	nein	ev. 1991	Brief

Fragebogen	Fragebogen ausgefüllt	Bericht verteilt	Bericht besprochen	Massnahmen ergriffen	Zusätzliche Angaben
- Bundesamt für Statistik	ja	ja	ja	ja	ja
- Bundesamt für Sozialversicherung	ja	nein	ja	nein	ja
- Bundesamt für Bildung und Wissenschaft	ja	ja	nein	ja	Beilagen
EJPD					
- Bundesamt für Justiz	ja	ja	nein	ja	ja
EMD					
- Stab der Gruppe für Generalstabsdienste	ja	nein	nein	nein	Beilagen
- Ausschuss "Frau und Gesamtverteidigung"	nein	nein	nein	nein	Beilagen
EFD / EPA	ja	ja	ja	(ja)	ja
Studentenschaften (SJS/USBS)	nein	nein	nein	nein	Brief
(Verein Schweiz. Gymnasiallehrer) Erziehung					

Fragebogen	Fragebogen ausgefüllt	Bericht verteilt	Bericht besprochen	Massnahmen ergriffen	Zusätzliche Angaben
EVD					
- Bundesamt für Aussenwirtschaft	ja	ja	ja	nein	ja
- Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit	ja	ja	ja	ja	Beilagen
- Bundesamt für Landwirtschaft	nein	nein	ja	(ja)	Briefe
- Bundesamt für Veterinärwesen	ja	ja	nein	nein	ja
- Bundesamt für Wohnungswesen	ja	ja	ja	nein	ja
- Eidg. Getreideverwaltung	ja	ja	nein	nein	ja
C					
Institutionen des Bundes ausserhalb der Bundesverwaltung sowie kantonale und private Institutionen					
Eidg. Maturitätskommission (EMK)	ja	nein	ja	ja	ja
Nationale UNESCO-Kommission	ja	ja	ja	ja	ja

Fragebogen	Fragebogen ausgefüllt	Bericht verteilt	Bericht besprochen	Massnahmen ergriffen	Zusätzliche Angaben
Schweiz. Rotes Kreuz (SRK)	nein	nein	nein	nein	Beilage
Schweiz. Sanitäts- direktorenkonferenz	nein	nein	nein	nein	Brief
Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Schulen für Sozialarbeit (SASSA)	nein	nein	nein	nein	Brief
Schweiz. Hochschul- konferenz (SHK)	ja	ja	ja	ja	Beilagen
Schweiz. Hochschul- rektorenkonferenz (SHRK)	nein	nein	nein	nein	nein
Schweiz. Konferenz der kan- tonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	nein	ja	ja	ja	Stellungnahme
Schweiz. National- fonds (SNF)	ja	ja	ja	ja	ja
Schweiz. Unfall- versicherungs- anstalt (SUVA)	ja	nein	nein	nein	Brief
Verband Schweiz. Studentenschaften (VSS/UNES)	nein	nein	nein	nein	Brief
(Verein Schweiz. Gymnasiallehrer)	nein	nein	nein	nein	nein

2.2. Reaktionen auf die Empfehlungen des Schlussberichtes

Im Fragebogen wurde nach den Reaktionen auf die von der interdepartementalen Arbeitsgruppe formulierten Empfehlungen gefragt.

Bei den Adressaten innerhalb der Bundesverwaltung fielen die Reaktionen grundsätzlich positiv aus. Die überwiegende Mehrheit der Departemente bzw. Bundesämter schätzten die Empfehlungen als sinnvoll ein. Einzig das Eidg. Militärdepartement äusserte sich zu einzelnen, das eigene Departement betreffenden Empfehlungen eher kritisch; eine Einschätzung, die von den anderen Aemtern bzw. Departementen nicht geteilt wird. Es kann festgestellt werden, dass aufgrund des Nairobi-Schlussberichts und aufgrund der darin formulierten Empfehlungen eine Reihe von Massnahmen diskutiert und in Gang gesetzt worden sind. Bei einzelnen Bundesämtern geht aus der Beantwortung des Fragebogens allerdings nicht hervor, ob es sich bei bestimmten Punkten um Absichtserklärungen handelt oder inwieweit die Empfehlungen tatsächlich umgesetzt werden. Ebenfalls bleibt teilweise unklar, welche Massnahmen zu welchem Zeitpunkt in Angriff genommen werden sollen.

Auch 'indirekte' Adressaten des Schlussberichts haben zu den Empfehlungen Stellung bezogen: Das Bundesamt für Gesundheitswesen - indirekter Adressat der Empfehlungen durch das zuständige Departement - teilte in einem Brief mit, dass bisher keine Massnahmen eingeleitet wurden, dass sich das Amt jedoch 1991 mit den Empfehlungen auseinandersetzen und dann auf die Anfrage der interdepartementalen Arbeitsgruppe zurückkommen werde. Das Bundesamt für Landwirtschaft - ebenfalls indirekter Adressat - wies in einem Brief darauf hin, dass der Schlussbericht am Direktionsrapport besprochen wurde, obschon das Amt nur indirekter Adressat der Empfehlungen war. Die allgemeinen Empfehlungen in bezug auf die Durchführung des Grundsatzes der Gleichstellung von Frau und Mann wurden dabei ausdrücklich begrüsst. Der Antwort des Bundesamtes für Landwirtschaft war des weiteren zu entnehmen, dass im Rahmen von Personalmassnahmen vermehrt Frauen in das mittlere Kader aufgenommen und Sekretärinnen teilweise Sachbearbeiterinnenaufgaben übertragen wurden, um ihnen eine Besserstellung zu ermöglichen. Bei den in dieses Sachgebiet fallenden ausserparlamentarischen Kommissionen werde versucht, darauf hinzuwirken, dass Frauen in diese Gremien aufgenommen werden.

Bei den Institutionen des Bundes ausserhalb der Bundesverwaltung sowie bei weiteren kantonalen und privaten Institutionen ist offensichtlich, dass sich diese Adressaten trotz klar formulierten Empfehlungen nicht immer angesprochen fühlten. Vielen war der Schlussbericht nicht bekannt - es gab eine Reihe von Anfragen zu den Empfehlungen und diverse Nachbestellungen des Schlussberichtes beim Bundesamt für Kultur (Dienst für Frauenfragen). Mehrere Adressaten erklärten sich für nicht zuständig. Mit dem Hinweis auf ihre Nicht-Zuständigkeit reagierte beispielsweise die Schweiz. Sanitätsdirektorenkonferenz auf die Anfrage. Sie verwies auf die Kantone; diese seien für die Umsetzung der Empfehlungen zuständig. Ob die Schweiz. Sanitätsdirektorenkonferenz - wie im Schlussbericht vorgeschlagen - eine Umsetzung der Empfehlungen bei den kantonalen Regierungen zumindest angeregt hat, bleibt unklar. Auch die Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Schulen für Soziale Arbeit (SASSA) war der Auffassung, als Dachorganisation nicht zuständig zu sein, und verwies auf die einzelnen Schulen für Sozialarbeit.

Diese hatten allerdings keinerlei Kenntnis von dem Schlussbericht und verwiesen zum grossen Teil ihrerseits auf den Dachverband.

Einige Adressaten hatten bisher keine Kenntnis von den Empfehlungen. Hierbei stellt sich grundsätzlich die Frage, wer jeweils für die Auswertung des Schlussberichtes und die Prüfung und Umsetzung der empfohlenen Massnahmen in der jeweiligen Institution zuständig war. Je nach Einschätzung der Bedeutung der Empfehlungen wurde der Bericht besprochen und in der Institution bekannt gemacht. Eine weitere Reaktion auf die Empfehlungen war der Beitritt einer Adressatin zur Initiative "Taten statt Worte", um sich zukünftig regelmässig mit der Thematik Frauenförderung zu beschäftigen.

Welche *Schwerpunkte* haben sich die Befragten bei der Umsetzung der an sie gerichteten Empfehlungen gesetzt?

Zu nennen sind hier vor allem die Schaffung von Grundlagen, um die Empfehlungen überhaupt umsetzen zu können. Des weiteren werden die Erhöhung des Frauenanteils in Funktionen, Gremien, Aemtern, in denen sie bisher untervertreten sind, die Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen und die Flexibilisierung der Arbeitszeit genannt. Ein wesentliches Kriterium bei der Entwicklung von Prioritäten ist dabei auch Dauer und Komplexität der gestellten Aufgabe. Viele der Befragten haben mit der Umsetzung von kurzfristig möglichen Massnahmen begonnen, verhalten sich aber eher zurückhaltend gegenüber der Entwicklung von langfristig notwendigen Massnahmen, welche für die einzelnen Aemter einen höheren organisatorischen, personellen und finanziellen Aufwand bedeuten.

2.3. Barrieren und Hemmnisse bei der Umsetzung der Massnahmenvorschläge

Wichtige Hinweise für die Weiterentwicklung der Empfehlungen lassen sich den Antworten auf die Frage, in welchen Bereichen die angesprochenen Adressaten die grössten Barrieren und Hemmnisse bei der Umsetzung der im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen sehen, entnehmen. Die Antworten lassen sich in *zwei Kategorien* einteilen:

Zum einen werden Barrieren bei der Umsetzung der Empfehlungen im Bereich der Aemter bzw. Institutionen genannt. Zum anderen wird häufig auf Barrieren hingewiesen, mit denen Arbeitnehmerinnen nach wie vor konfrontiert werden. Die folgende Aufzählung ist eine Zusammenfassung der am häufigsten genannten Barrieren.

Barrieren bei der Umsetzung der Empfehlungen im Bereich der Aemter/Institutionen:

- mangelnde personelle Ressourcen,
- fehlende rechtliche Grundlagen und verbindliche Normen,
- mangelnde Zuständigkeit des Bundes,
- Problematik der Querschnittsaufgabe, die mit sektoriellen Fragen in Einklang gebracht werden muss,
- Koordinationsprobleme.

Barrieren für die betroffenen Arbeitnehmerinnen:

- Unterbrechung der Berufstätigkeit bei Frauen,

- Doppelbelastung Arbeit-Familie,
- problematischer Wiedereinstieg,
- einseitige Leistungsorientierung an Erwerbsarbeit,
- fehlendes Angebot an Teilzeitstellen in höheren Funktionen,
- häufige dienstliche Abwesenheiten als Problem für Alleinerziehende.

2.4. Anregungen zur weiteren Umsetzungsarbeit

Von grossem Interesse für die künftige Umsetzungsarbeit ist aus Sicht der interdepartementalen Arbeitsgruppe, welche Anregungen von den Befragten selber formuliert werden, um die Umsetzung der Massnahmen zu intensivieren. Welche Ansatzpunkte nennen die Befragten für allfällige zukünftige Massnahmen? Wo und in welchen Bereichen sehen sie Verstärkungsmöglichkeiten für den Bericht?

Folgende Antworten sind eingegangen und werden hier stichwortartig wiedergegeben:

- Bestandesaufnahme der positiven Massnahmen, Rückmeldung an die Adressaten (EDA),
- "Veröffentlichen" der Resultate (Konkurrenzsituation) (EFD/EPA),
- bessere Koordination der im Bildungsbereich angesprochenen Kreise (z.B. Bezeichnung Federführungen etc.) (BBW),
- Für neue statistische Arbeiten sind vermehrt Investitionen im personellen und finanziellen Bereich notwendig (BFS),
- Institutionalisierung der Arbeitsgruppe durch a) regelmässige Treffen zweimal jährlich und b) regelmässige Evaluation (einmal pro Jahr, evtl. einmal in zwei Jahren) zumindest einzelner wesentlicher Bereiche (BSV),
- regelmässige Evaluation der umgesetzten Massnahmen (BJ; VSS/UNES),
- Entsprechendes Gremium (EPA, Kommission) sollte z.B. jährlich ein bis zwei Massnahmen auswählen und deren Umsetzung mit modernen Mitteln (Information, Motivation) in die Wege leiten und den Erfolg kontrollieren (Eidg. Getreideverwaltung),
- durch weitere Oeffentlichkeitsarbeit; Orientierung und Motivierung der Oeffentlichkeit bezüglich den Anliegen und Empfehlungen (SUVA),
- erneute Präsentation des Schlussberichts, Kontaktaufnahme und Informationsaustausch mit Adressaten aus dem Hochschul- und Forschungsbereich, Diskussion möglicher Massnahmen zur Förderung von Frauen in den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen (Schweiz. Nationale UNESCO-Kommission, Schweiz. Nationalfonds).

3. Auswertung der Umsetzungsarbeiten nach Sachgebieten

Die Einteilung der im Schlussbericht aufgeführten Massnahmenvorschläge in einzelne Sachgebiete wird in der folgenden Darstellung beibehalten. Es werden diejenigen Empfehlungen des Schlussberichts aufgeführt, welche von den Adressaten bei der Befragung erwähnt worden sind. Weitere Aktivitäten zum Thema werden ebenfalls erwähnt.

I. Statistik (FLS §§ 63, 64)

Empfehlungen 1 - 11:

Adressat:

BFS, z.T. in Zusammenarbeit mit anderen Aemtern

BFS:

- gesamthafte Aspekte: Verstärkung der geschlechtsspezifischen Auswertungen, Intensivierung der Verwendung geschlechtsneutraler Sprache;
- Verbesserung der infrastrukturellen Voraussetzungen (kurzfristige Massnahme: explizite Fixierung eines Arbeitsgebietes "Situation der Frau", langfristige Massnahme: Verbesserung der konzeptionellen und datenmässigen Infrastruktur);
- künftige Aktivitäten: Weiterentwicklung der Verbesserung der infrastrukturellen Voraussetzungen, sukzessive Realisierung der anderen Massnahmen.

Empfehlung 6: Die Situation der Frau ist vermehrt als expliziter Gegenstand statistischer Auswertungen, Analysen und Berichte zu wählen.

BAK:

- Im Auftrag des BAK wurden durch das BFS Statistiken zur Situation von Frauen an schweizerischen Hochschulen erstellt (1990).

II. Gesundheit und sozialer Schutz (FLS §§ 139f., 148-162, 278, 286, 287, 296)

§ 139 Sicherheit am Arbeitsplatz

Empfehlung 13: Zur Sicherheit und Gesundheitsverwahrung am Arbeitsplatz sollen vermehrt Untersuchungen und nachfolgend Informationskampagnen durchgeführt werden.

Adressat:

SUVA; BIGA

SUVA:

- Dauerauftrag. Bei speziellen Abklärungen wird es weiterhin ein wichtiges Anliegen sein, die Gesundheit von Frau und Kind während der Schwangerschaft zu gewährleisten.

BIGA:

- BIGA-Studie über Arbeitsbedingungen und gesundheitliches Befinden "Arbeitsbedingungen und gesundheitliches Befinden" von J. Buchberger, M. Fahrni, 1990.

§ 140 Mutterschaftsschutz

Empfehlung 14: Die Arbeitsgruppe regt als längerfristige Aufgabe an, nach der Einrichtung einer gesamtschweizerischen Mutterschaftsversicherung, eine Ratifizierung (ILO-Uebereinkommen, Teil VII der Europäischen Ordnung der sozialen Sicherheit) durch die Schweiz zu prüfen.

Adressat:

BSV (in Zusammenarbeit mit BIGA und Direktion für Völkerrecht)

BSV:

- Eine Ratifizierung der entsprechenden ILO-Uebereinkommen sowie Teil VII der Europäischen Ordnung der sozialen Sicherheit ist aufgrund der fehlenden Mutterschaftsversicherung bisher nicht möglich.

§ 148 Spitalexterne Betreuung

Empfehlung 15: Eine Spezifizierung resp. Ergänzung der Studie (Studie zur Rehabilitation zu Hause, die bisher keine geschlechtsspezifischen Daten und Fakten erhebt) durch einen Lausanner Architekten wäre sinnvoll.

Empfehlung 16: In den Kantonen VD, TI und BE ist eine gemeinsame Untersuchung zu Gesundheitsindikatoren geplant. In den entsprechenden Fragebogen sollten unbedingt auch geschlechtsspezifische Daten erhoben und Fragen zum Vergleich der Situation von Frauen und Männern gestellt resp. ausgewertet werden.

Adressaten:

Kantone Waadt, Tessin, Bern; Kontakte über BAG und Sanitätsdirektorenkonferenz

BAG:

- Für die Umsetzung der Empfehlungen sind die kantonalen Regierungen zuständig

Sanitätsdirektorenkonferenz:

- bisher keine Massnahmen ergriffen, evtl. 1991.

§ 153 Arbeitsmedizinische Untersuchungen

Empfehlung 21: Arbeitsmedizinische Untersuchungen, die auch sog. typische Frauenarbeitsplätze berücksichtigen und der Mehrfachbelastung von Frauen Rechnung tragen, sind notwendig.

SUVA:

- Dauerauftrag

§ 155 Vorsorgeuntersuchungen und -massnahmen

Empfehlung 22: Präventionsmassnahmen und Vorsorgeuntersuchungen (bspw. Krebsvorsorge) sollten mittelfristig auf freiwilliger Basis von allen Krankenkassen übernommen werden (bspw. mit zeitlich befristeten Kampagnen).

Adressat:

BSV, Krankenkassenkonkordat

BSV:

- rechtliche Grundlage in Vorbereitung (neues Krankenversicherungsgesetz),
- einige Krankenkassen haben Präventionsmassnahmen bereits in ihren Leistungskatalog aufgenommen.

§ 162 Beratung für stillende Mütter

Empfehlung 25: Als gesundheitsfördernde und -unterstützende Massnahme soll die Beratung für stillende Mütter, oft durch (para-)medizinisch ausgebildete Fachpersonen erteilt, von den Krankenkassen übernommen werden. Hierzu ist Art. 14 Abs. 5 KUVG sinngemäss zu ergänzen (Gewährung des Stillgeldes und zusätzliche Uebernahme der Stillberatungen).

Adressat:

Bundesrat, Vorsteher EDI

BSV:

- rechtliche Grundlage notwendig, vgl. Revision des Krankenversicherungsgesetzes (Art. 17, Abs. 1 lit.c), Vernehmlassungsverfahren Frühjahr 1991.

§ 287 Junge Frauen

Empfehlung 27: Hierzu sind unbedingt Untersuchungen zu Inzest nötig; es handelt sich weitgehend um ein Mädchen- und Frauenproblem.

Adressat:

BAG, BSV

BSV:

- Bericht über Kindesmisshandlung, in dem voraussichtlich auch das Thema Inzest behandelt wird, in Vorbereitung.

§ 296 Behinderte Frauen

Empfehlung 28: Auch hierzu fehlen an sich nützliche und erhellende geschlechtsspezifische Forschungsergebnisse. Insbesondere sollen Möglichkeiten und Probleme der sozialen wie auch der beruflichen (Wieder-)Eingliederung von Frauen nach Unfällen resp. bei Berufskrankheiten untersucht werden.

Adressat:

BSV, BIGA, SUVA.

BSV:

- Studie über die Möglichkeiten und Probleme der sozialen und beruflichen (Wieder-)Eingliederung von Frauen nach Unfällen resp. bei Berufskrankheiten geplant.

SUVA:

- Dauerauftrag

Eidg. Kommission für Frauenfragen:

- Entwicklung von Vorschlägen zur Gleichstellung von Frau und Mann in der IV zuhanden des Bundesrates (1990), Einsetzen einer Arbeitsgruppe "Situation der Frau in der Invalidenversicherung" unter Federführung des Bundesamtes für Sozialversicherung durch den Bundesrat (seit 1991).

III. Abrüstung, Frieden, Friedenserziehung (FLS §§ 263-276)

§ 272 Kontakte mit Frauenorganisationen

Empfehlung 29: Aussprachen mit Vertreterinnen von interessierten Frauenorganisationen über die allgemeine Zielsetzung der schweizerischen Aussenpolitik in den Bereichen Frieden, Abrüstung, internationale Verständigung und Menschenrechte, die bereits heute routinemässig stattfinden, sollen vermehrt gepflegt werden.

Adressaten:

EDA und EMD

EDA:

- Die zuständigen Dienste des EDA pflegen in den angesprochenen Bereichen regelmässige und zum Teil häufige Kontakte mit zahlreichen spezialisierten nicht-gouvernementalen Organisationen, worunter sich auch Frauenorganisationen befinden.

EMD:

- Seit dem 1. Januar 1989 verfügt die Zentralstelle für Gesamtverteidigung über eine Koordinationsstelle "Frau und Gesamtverteidigung". Vertreterinnen von Frauenorganisationen beteiligen sich an der vom Ausschuss "Frau und Gesamtverteidigung" 1990 eingesetzten Arbeitsgruppe "Konzeptionelle Fragen".

§ 273 Erziehung und Forschung

Empfehlung 31: An die Tätigkeit von Organisationen wie etwa die Ecole Instrument de Paix, welche Lehrerinnen und Lehrer aus fünf Kontinenten für den Unterricht über die Menschenrechte und für Friedenserziehung ausbildet, sollen weiterhin finanzielle Beiträge geleistet werden.

Adressat:

EDA, Bundesrat

EDA:

- Die "Ecole instrument de paix" bzw. das ihr angegliederte "Centre international de formation à l'enseignement des droits de l'homme et à la paix" erhält seit einigen Jahren regelmässig Beiträge des Bundes. Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit hat die jährlich durchgeführten Ausbildungsseminare für Lehrerinnen und Lehrer mit Stipendien und Publikationsbeiträgen im Rahmen der Osthilfe unterstützt. Die Direktion für Völkerrecht leistete zulasten ihres Kredites für Menschenrechtsaktionen in den letzten zwei Jahren Beiträge an die allgemeinen Kosten. Der gesamte Bundesbeitrag belief sich für 1989 auf Fr. 75'000.--, für 1990 auf Fr. 125'000.--.

§ 276 Beteiligung der Frauen an Friedensforschung

Empfehlung 32: Seminare bzw. Konferenzen, an denen Expertinnen im Bereich der Friedensforschung teilnehmen, sollen aus dem Kredit des Bundesrates für Ressortforschung finanziell unterstützt werden.

Adressat:

EDA

EDA:

- Der Kredit des Bundesrates für Ressortforschung dient der Finanzierung von gezielten Forschungsaufträgen an Experten und Wissenschaftler im Bereich von Frieden, Abrüstung und Sicherheit.
- In der Schweiz gibt es nur sehr wenig Frauen mit wissenschaftlichem Fachwissen in diesem Bereich.
- Bis heute wurde kein Forschungsauftrag an eine Frau vergeben.

IV. Bildung, Ausbildung, Forschung (FLS §§ 166-171, 200- 203)Empfehlungen im Bereich Nachobligatorische Ausbildungsbereiche (Mittelschulen, Hochschulen, ausseruniversitärer Tertiärbereich)Adressat:

BBW, EDK

BBW:

- Schreiben BBW vom 9. Januar 1989 an die im Bericht angesprochenen hochschul- und wissenschaftspolitischen Kreise;
- Studien durch BBW in Auftrag gegeben bzw. geplant: Laufbahnmuster und Weiterbildung bei Frauen mit Hochschulabschluss (zusammen mit AGAB), Frauen in den Mittelschulen, Wahl des Maturtyps (zusammen mit EMK), sofern diese Themen nicht bereits in anderen Studien behandelt werden;
- Mitwirkung in den Arbeitsgruppen der Schweiz. Hochschulkonferenz (SHK) und des Schweiz. Wissenschaftsrates (SWR) und Anregung der Behandlung von Frauenfragen (verschiedene Studien des SWR sowie u.a. Workshop zum Thema "Frauen und Naturwissenschaften"), Aufnahme eines 'Frauenkapitels' im gesamtschweizerischen Hochschulplanungsbericht der SHK u.a.m, Mithilfe bei der Verbreitung von Berichten (z.B. Bericht der Schweiz. Akademie der Technischen Wissenschaften, "Frauen im Ingenieurberuf"),
- Unterstützung eines Nationalen Forschungsprogramms über Frauenfragen, 6. Serie (Frauen in Recht und Gesellschaft - Wege zur Gleichstellung", 6 Mio);
- Anregung der Behandlung von Frauenthemen im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Programms des internationalen Forschungsprojekts COST;
- Unterstützung einer Schweizer Delegierten im European Network für Women's Studies des Europarates
- Teilnahme/Delegierung von Schweizer Experten an internationalen Tagungen über Frauen und Hochschulen, z.B. UNESCO-CEPES, Europarat;
- Unterstützung von Anträgen betr. Aktivitäten der UNESCO (CEPES) im Bereich der Förderung von Frauen in den Hochschulen,
- im Rahmen der Förderungsmassnahmen für die internationale Zusammenarbeit im Bildungsbereich ("Mobilitätsbotschaft" vom 17. September 1990) ist die Möglichkeit eines schweizerischen Beitritts zum EG-Frauenprogramm 'IRIS' - falls es für Nicht-EG-Staaten geöffnet wird - erwähnt;
- gestützt auf den Bundesbeschluss vom 23. März 1990 über Sondermassnahmen zugunsten der beruflichen Weiterbildung sowie deren Verordnungen wird die Weiterbildung von Frauen besonders gefördert.
- Botschaft des Bundesrates an die Eidg. Räte über Sondermassnahmen zur Förderung des akademischen Nachwuchses (Juni 1991). Ins-

besondere soll der Anteil der Frauen im Lehrkörper der Hochschulen erhöht werden ("Die Hochschulträger sorgen dafür, dass an sämtlichen Hochschulen zusammen mindestens ein Drittel der über diese Massnahmen finanzierten Stellen durch Frauen besetzt werden").

EDK:

- Die Pädagogische Kommission der EDK hat 1991 eine Arbeitsgruppe ("VERA") eingesetzt, welche die Aufgabe hat, die 1981 von der EDK verabschiedeten "Empfehlungen zur Mädchenbildung und Gleichstellungsfragen" zu überprüfen und einen Bericht auszuarbeiten. Die Ergebnisse liegen voraussichtlich im Herbst 1991 vor.

Weitere Empfehlungen:

§§ 168-171 Frauen in den Mittelschulen/Uebertritt an die Hochschulen

Empfehlung 37: Studien zur Wahl des Maturitätstypus (Gründe und Hintergründe der ungleich hohen Frauenanteile in den verschiedenen Typen). Bisher fehlen Untersuchungen zur Motivationsforschung.

Adressaten:

EDI, Eidg. Maturitätskommission (EMK), BBW, EDK, CESDOC

BBW/EMK:

- Studie zur Wahl des Maturitätstypus (Motivationsforschung) wurde im BBW auf die Liste der zu vergebenden Studienaufträge aufgenommen, jedoch bisher nicht realisiert.

Empfehlung 38: Studien zur Berufswahl/Studien- und Studienfachwahl von Frauen

Adressaten:

BFS, AGAB, BBW (SNF, Hochschulen), VSS.

Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann:

- Untersuchung unterschiedlicher Entwicklungsmuster im jungen Erwachsenenalter (Berufslaufbahnen- und Berufsplanung).

Empfehlung 39: Studien zu den Frauen in Ausbildungsgängen des ausseruniversitären Tertiärbereichs, insbesondere Frauen (und Frauenrolle) in Sozial- und Pflegeberufen resp. BIGA-Berufen.

BIGA:

- Im Hinblick auf den Vollzug der Sondermassnahmen zugunsten der beruflichen Weiterbildung wurde die Studie "Zur Situation der erwerbstätigen Frau" in Auftrag gegeben (A.E. Calonder Gerster, 1990). Diese Studie befasst sich mit Ursachen und Hintergründen der besonderen Probleme bei Berufseintritt, -ausstieg, -unterbrechung und Rückkehr in den Beruf.

Empfehlung 40: Weiterbildungsveranstaltung für Berater und Beraterinnen der akademischen Berufsberatungsstellen

BIGA:

- Im Fortbildungsprogramm 1991 des Schweiz. Verbandes für Berufsberatung ist ein Kurs vorgesehen, der sich mit Frauenförderung befasst ("Das Berufswahlverhalten unter geschlechtsspezifischen Aspekten"). Zielsetzung: Sensibilisierung der Teilnehmerinnen

und Teilnehmer für die rollentypische Einstellung der Ratsuchenden sowie der Beraterinnen und Berater.

V. Berufsbildung und Arbeit (FLS §§ 132-147, 163-173, 189-199, 228-231, 301)

§ 81/84 Zielvorgaben im Arbeitsleben

Empfehlung 59: Sowohl für das öffentliche Dienstverhältnis wie auch für privatrechtliche Arbeitsverhältnisse sollen innerhalb wissenschaftlicher Untersuchungen (evtl. Nationalfondsprojekt) rechtliche und faktische Möglichkeiten sowie ausländische Erfahrungen zu Zielvorgaben (Quotenregelungen) im Arbeitsleben beleuchtet werden.

Adressaten:

EPA, BJ, Eidg. Büro für die Gleichstellung, SNF.

Eidg. Büro für die Gleichstellung:

- Studie "Chancen und Barrieren von Frauenförderung" (1990),
- Anregung zum Nationalen Forschungsprogramm (NFP) 35 "Die Frau in Recht und Gesellschaft - Wege zur Gleichstellung."

§ 136 Beruflicher Wiedereinstieg

Empfehlung 60: Wünschbar ist hier der Einbezug des beruflichen Wiedereinstiegs in Art. 50 Abs. 2 BBG, sei es mit einer expliziten Erwähnung im Gesetz oder zumindest mittels einer Ausdehnung der Gesetzesinterpretation.

Adressat:

BIGA

BIGA:

- Diesem Anliegen soll im Rahmen einer künftigen Revision BBG besonders Rechnung getragen werden. Art. 50 BBG kann aber auch in der heutigen Formulierung auf den Wiedereinstieg angewendet werden. Im weiteren soll der Wiedereinstieg durch die Sondermassnahmen der Weiterbildungsoffensive gefördert werden. Dabei ist eine der Bedingungen für die Unterstützung von Projekten das Vorlegen eines Konzeptes, das eine Weiterführung der Förderungsmassnahmen auch nach Auslaufen der Weiterbildungsoffensive garantiert. Damit ist eine gewisse Gewähr geboten, dass die Interpretation von Art. 50 BBG im verlangten Sinne ausgedehnt wird.

§ 137 Lohngleichheit

Empfehlung 61: An dieser Stelle ist auf das grosse Bedürfnis nach aussagekräftigeren und differenzierteren Statistiken zur Lohngleichheitsfrage hinzuweisen. Entsprechende Massnahmen sind für die Arbeitsgruppe prioritär.

Adressaten:

BIGA, BFS

BIGA:

- Das BIGA erarbeitet eine Studie über die Lohngleichheit - aus statistischer Sicht -, deren Resultate im Laufe des Jahres 1991 vorliegen werden. Als Grundlage dient die BIGA-Oktobererhebung sowie die BIGA-Statistik über die Löhne verunfallter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, basierend auf der SUVA-Statistik. Längerfristig wird es die Revision der Lohnstatistik (inkl. Oktobererhebung des BIGA) ermöglichen, der Lohngleichheitsfrage vermehrt Rechnung zu tragen.

BJ:

- Federführung Gleichstellungsgesetz (Vernehmlassungseröffnung: Januar 1991).

VI. Bund als Arbeitgeber (FLS §§ 77-92, 132-147, 189-205, 356ff)**§ 79 Vermehrte Vertretung der Regierung durch Frauen an internationalen Konferenzen und Tagungen**

Empfehlung 63: Für die Zulassung zum diplomatischen, konsularischen und Kanzleidienst schlägt die Arbeitsgruppe vor, jeweils bei gleichwertigen Qualifikationen Frauen zu berücksichtigen.

Adressaten:

Bundesrat, Departemente, Bundeskanzlei

EDA:

- Beim konsularischen Dienst hat sich die Tendenz in den letzten Jahren zugunsten der Frauen entwickelt. Beim diplomatischen Dienst ist hingegen eine Stagnation festzustellen. Das diesbezügliche Rekrutierungssystem stellt ausschliesslich auf die fachliche Qualifikation der Anwärterinnen und Anwärter ab und berücksichtigt weder geographische Herkunft, Muttersprache noch Geschlecht. Die für die Zulassung zum diplomatischen Dienst zuständige Kommission, welche aus hohen Beamten des EDA und aus Vertretern von Hochschulen besteht, zählt eine Frau zu ihren Mitgliedern. Für den Frauenanteil im diplomatischen Korps im allgemeinen ist auf die Antwort des Bundesrates vom 12. Juni 1989 auf die Frage Grendelmeier zu verweisen. Die dortigen Angaben sind immer noch grundsätzlich zutreffend.

§ 84 Frauenförderung in Aus- und Weiterbildung

Empfehlung 65: Die Bundesverwaltung soll Weiterbildungskurse für Sekretärinnen anbieten, die diesen den Aufstieg in Stellen mit qualifizierter Sachbearbeitung ermöglichen (Pionierrolle des Bundes).

Adressat:

EFD, EPA

EPA:

- Ein Pilotkurs "Sekretärin 2000" wurde konzipiert. Zielsetzung: Neudefinition des Sekretärinnenberufs. Es wurden bisher drei Pilotkurse durchgeführt, welche im Frühjahr 1991 ausgewertet wurden. Nach einer Ueberprüfung des bisherigen Konzepts sollen solche Kurse regelmässig angeboten werden.

§ 88 Vermehrte Beteiligung der Frauen an Entscheidungsprozessen

Empfehlung 66: Erhöhung des Frauenanteils bei Anstellung, Beförderung und Aus- resp. Weiterbildung für Entscheidungs- und Führungspositionen. Auch hier soll vermehrt der Grundsatz zur Anwendung kommen, dass bei gleichwertiger Qualifikation Frauen zu berücksichtigen sind aufgrund von zu erlassenden Richtlinien des Bundesrates.

In den Departementen sollen Dienststellen mit der Aufgabe betraut werden, die Einhaltung dieser Massnahmen zu verfolgen und den vermehrten Beizug von Frauen zu Entscheidungsprozessen zu fördern. Aehnlich zur heute bestehenden statistischen Berichtspflicht (alle 2 Jahre) über die Beschäftigung sprachlicher Minderheiten in der Bundesverwaltung soll künftig dem Bundesrat regelmässig über die Anstellung und Beförderung der Frauen in den verschiedenen Aemtern und Departementen Bericht erstattet werden.

Adressaten:

Bundesrat, Departemente, Bundeskanzlei, EPA

EPA:

- Weisungen des Bundesrates, Antrag an Bundesrat Frühling 1991, voraussichtliches in Kraft treten der Weisungen: 1. Juli 1991.

§ 92 Kommissionszusammensetzungen

Empfehlung 67: Bei den 'freien', nicht an Verbände gebundenen Mitgliedersitzen eidg. Kommissionen soll vermehrt auf eine adäquate Frauenbeteiligung geachtet werden.

Adressaten:

Bundesrat, Bundeskanzlei, Departemente und Aemter

Bundeskanzlei:

- wiederholte parlamentarische Vorstösse, zur Zeit verwaltungsin-tern in Arbeit.

Eidg. Getreideverwaltung:

- Vertretung von Frauen in Gremien: Durch das Amt nur indirekt beeinflussbar, wenn überhaupt (Wahlzuständigkeiten).

§ 133 Sensibilisierungs- resp. Oeffentlichkeitsarbeit

BAK:

Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann:

- Herausgabe von Broschüren: Frauenforderung nach Frauenförderung, Leitfaden, 1990; Frauenberatungsstellen in der Schweiz, 1990; Kurzfassung des Lohngleichheitsberichtes, 1990;
- Durchführen von Tagungen: Gleichstellungsgesetz (2. November 1990); Frauen und Europäische Gemeinschaft (7. Dezember 1990, gemeinsam mit Eidg. Kommission für Frauenfragen); betriebliche Frauenförderung, 1991.

Eidg. Kommission für Frauenfragen:

- Herausgabe des Berichts "Nehmen Sie Platz, Madame", 1990.

§ 136 Flexible Arbeitszeit und beruflicher Wiedereinstieg

Empfehlung 68: Der berufliche Wiedereinstieg sollte in der Verordnung des EFD über dienstliche Ausbildung in der allgemeinen Bundesverwaltung (Ausbildungsverordnung) oder in speziellen Richtlinien des Personalamtes Erwähnung finden. Möglichkeit, bei der Ausschreibung entsprechender Stellen auf die Eignung dieser Arbeiten für Wiedereinsteigerinnen speziell hinzuweisen bzw. mögliche Aufteilung der Stelle auf zwei TZA.

Adressat:

EFD, EPA, Zentrale Personaldienste

EPA:

- Projekt "Konzept für den Ausbildungsbereich: spezielle Massnahmen zur Ausbildung der Frauen in der allgemeinen Bundesverwaltung";
- Ein konkretes Projekt über Ausbildung wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Stadt Bern entwickelt (Pilotkurs Sommer 1991).

Eidg. Getreideverwaltung:

- Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs bzw. des Verbleibens von Frauen im Berufsleben durch Flexibilisierung der Arbeitszeit.

§§ 139, 140 Mutterschafts- und Elternurlaub

Empfehlung 70: Die im Bundesdienst bestehenden Möglichkeiten des Bezugs unbezahlten Urlaubs (1 Jahr während gesamter Berufslaufbahn; 4 Jahre für Beschäftigte des EDA unter gewissen Voraussetzungen) dienen oft als verlängerter Mutterschafts- oder Elternurlaub. Die entsprechenden Regelungen sollten vermehrt publik gemacht und von den dafür zuständigen Stellen häufiger bewilligt werden.

Die richtige Auslegung der Bestimmungen zum Mutterschaftsurlaub sowie dessen mögliche Verlängerung sollten innerhalb der Bundesverwaltung einheitlich angewandt resp. bewilligt werden. Instruktion der Personalchefs und -chefinnen.

Adressat:

Wahlbehörden EPA, Zentrale Personaldienste

EPA:

- Zum 1. Juli 1989 wurde der Mutterschaftsurlaub von 8 auf 16 Wochen verlängert. Eine Verbesserung des Rechtsanspruchs auf bezahlten Urlaub für die Pflege kranker Kinder oder anderer pflegedürftiger Personen wird zur Zeit geprüft.

§ 200 Auswirkungen neuer Technologien

Empfehlung 72: Die Auswirkungen neuer Technologien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind regelmässig zu analysieren, damit allfällige Nachteile - insbesondere gesundheitsgefährdende und die Qualität des Arbeitsplatzes mindernde Folgen - rechtzeitig abgewendet werden können.

Adressaten:

EPA in Zusammenarbeit mit BFO und den jeweils betroffenen Aemtern

EPA:

- Die Anweisungen sind mit Wirkung zum 1. Januar 1990 revidiert worden; Inspektoren des BIGA wurden speziell für diesen Bereich medizinisch ausgebildet.

BIGA:

- Es wurden folgende Studienaufträge erteilt: Auswirkungen der Arbeit an Bildschirmgeräten auf Schwangerschaft und Frucht; Auswirkungen der beruflichen Exposition gegenüber chemischen Substanzen auf Schwangerschaft.

SUVA:

- Dauerauftrag

§ 267, 359 Teilnahme an Konferenzen, Tagungen und Seminaren

Empfehlung 73: Mitarbeiterinnen der Bundesverwaltung sollten vermehrt die Gelegenheit erhalten, an nationalen und internationalen Konferenzen, Tagungen und Seminaren teilzunehmen, die insb. Fragen der Gleichberechtigung, Entwicklung sowie der Friedenssicherung resp. Friedenserziehung behandeln.

Adressaten:

Alle Generalsekretariate und Bundesämter resp. Büro Nationalrat und Ständerat sowie Bundeskanzlei und Sekretariat der Bundesversammlung, Fraktionen

BAK:

- Regelmässige Mitarbeit des Dienstes für Frauenfragen im Europäischen Gleichstellungskomitee des Europarates in Strassburg; Teilnahme einer Schweiz. Delegation unter Leitung von Frau Dr. Judith Stamm an der UNO-Frauenkonferenz 1990 in Wien.

EDA:

- Den Arbeiten der internationalen Gremien im Bereich der Rechte der Frauen (z.B. "Commission sur la Condition de la Femme" der UNO, aber auch das "Comité Européen de l'Egalité entre les Femmes et les Hommes" des Europarates) werden im EDA vermehrt Beachtung geschenkt. Nach Möglichkeit nehmen Vertreterinnen an den Sitzungen teil. Frau Botschafterin Marianne von Grüningen ist Chefin der Politischen Abteilung III (Friedens- und Sicherheitspolitik, Abrüstung), welcher der KSZE-Dienst unterstellt ist, der die schweizerische KSZE-Politik massgeblich mitbestimmt.

VII. Entwicklung (§§ 93-231, 283ff., 292f., 298f., 322ff.)

Adressat der Empfehlungen:

DEH

DEH:

- Aufgrund der Empfehlungen des Nairobi-Schlussberichtes wurde im DEH 1990 eine Arbeitsgruppe "Frauen und Entwicklung" eingesetzt;
- Aktivitäten 1990: Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Frau im Entwicklungsprozess, aufgeführt in der "Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern" vom 21. Februar 1990;
- Aktivitäten 1991: Schwerpunkt Ausbildung (Ausbildungskurs über "Gender Analysis" für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des DEH), Ausbildungsseminar über die Teilnahme der Frauen an der Entwicklung in Mali und Niger.

4. Fazit

Das Echo auf den Schlussbericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe 'Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi' kann als gut bezeichnet werden. Der Rücklauf der Fragebogen war, namentlich bei den Departementen und bei den direkt durch die Empfehlungen angesprochenen Bundesämtern, erfreulich.

Die vom Bundesrat gewünschte Ueberprüfung und Auswertung der seit 1988 erfolgten Massnahmen hat sich als sinnvoll erwiesen. So hat die Fragebogenerhebung von 1990 die Adressaten dazu veranlasst, sich erneut mit dem Schlussbericht zu beschäftigen. Den Massnahmenempfehlungen wurde dadurch Nachdruck verliehen. Bei denjenigen Stellen, welche den Schlussbericht im Jahr 1988 nicht oder nur am Rande zur Kenntnis genommen haben, konnte dieser in Erinnerung gerufen oder bekannt gemacht werden.

Diejenigen Institutionen, welche bei der Befragung auch inhaltlich auf den Schlussbericht eingegangen sind, stehen dem Bericht weitgehend positiv gegenüber. Die von den Adressaten erwähnten Aktivitäten zeigen, dass der Schlussbericht einen wichtigen Beitrag zu einer Intensivierung bereits bestehender Aktivitäten zur Gleichstellung der Geschlechter geleistet hat. Darüberhinaus war er oftmals Anstoss und Anlass zur Konzipierung und Durchführung neuer Aufgaben zumeist mittel- und langfristiger Art in diesem Bereich.

Die Empfehlungen werden in aller Regel als wichtige Grundlage für die nach wie vor unerlässliche Bewusstseinsarbeit für Frauen- und Gleichstellungsfragen bezeichnet. Eine permanente Sensibilisierung der Aemter und Institutionen und der dort tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erscheint den Befragten als besonders wesentlich.

Das Interesse an der Umsetzung von kurz-, aber auch von mittel- und langfristigen Massnahmen ist durchaus vorhanden. Um die Realisierung der letzteren zu erleichtern, bedarf es von Zeit zu Zeit eines Anstosses im Sinne von Informationen und Anregungen und vor allem einer vermehrten, fachlich kompetenten Unterstützung und Beratung bei der Konzipierung der Massnahmen, um eine sinnvolle Umsetzung der Empfehlungen zu gewährleisten.

Die Befragten erachten eine fortlaufende Evaluation der Umsetzung der Empfehlungen als notwendig. Gewünscht wird zudem ein vermehrter Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Adressaten und Adressatinnen der Empfehlungen.

C. Weiteres Vorgehen

Die interdepartementale Arbeitsgruppe hat sich mit verschiedenen Möglichkeiten des weiteren Vorgehens intensiv auseinandergesetzt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich dafür ausgesprochen, dass die Arbeitsgruppe weiterhin bestehen bleibt. Die interdepartementale Zusammenarbeit war für die Auswertung der Umsetzung der Empfehlungen hilfreich. Der Informationsaustausch über Frauen- und Gleichstellungsfragen in den verschiedenen Bereichen konnte verbessert werden, was dazu führte, dass gewisse Doppelspurigkeiten

vermieden werden konnten. Da es sich bei der Umsetzung der Empfehlungen vielfach um Querschnittsaufgaben bzw. um departementsübergreifende Massnahmen handelt, sollte auf eine interdepartementale Vernetzung auch künftig Wert gelegt werden.

Die von der Arbeitsgruppe begonnene Arbeit soll insbesondere im Hinblick auf die nächste UNO-Weltfrauenkonferenz, welche 1995 in Peking oder in Wien stattfinden wird, weitergeführt werden. Regelmässige jährliche Treffen der Arbeitsgruppen-Mitglieder sind vorzusehen. Obschon viele erfreuliche Aktivitäten innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung zu verzeichnen sind, kann die gestellte Aufgabe, die Umsetzung der 'Forward Looking Strategies' der UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi von 1985, in der Schweiz nicht als erfüllt angesehen werden.

Für ihre weitere Arbeit erscheint der Arbeitsgruppe die Setzung von Prioritäten unerlässlich. Sie ist deshalb übereingekommen, das *Schwergewicht auf die Aktivitäten der Bundesverwaltung und einzelne Themenbereiche* zu legen. Gerade weil die Sensibilität für Frauen- und Gleichstellungspostulate in der Bundesverwaltung grösser geworden ist, bedarf es einer Intensivierung der bisherigen Anstrengungen, um zu weiterführenden Ergebnissen zu gelangen.

Besondere Beachtung soll der weiteren Bewusstseinsarbeit innerhalb der Bundesverwaltung zukommen. Die interdepartementale Arbeitsgruppe regt daher an, dass die Adressaten innerhalb der Bundesverwaltung *regelmässig rund alle zwei Jahre* über die weitere Umsetzung der Empfehlungen in ihrem Bereich berichten. Diese Berichte sollen von der interdepartementalen Arbeitsgruppe ausgewertet und die Ergebnisse regelmässig publiziert werden.

Nach der im Herbst 1990 durchgeführten Fragebogenerhebung, bei der grundsätzliche Fragen geklärt werden konnten (Reaktionen auf den Schlussbericht, Bekanntheits- und Wirkungsgrad, Konzipierung und Durchführung von kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen, Schwerpunktsetzungen, Hindernisse und Barrieren bei der Umsetzung der Massnahmen, Verstärkungsmöglichkeiten für den Bericht), kann in einer nächsten Phase eine vereinfachte Berichterstattung der Departemente und Aemter ins Auge gefasst werden. Die Arbeitsgruppe wird einen *Raster* entwickeln, um das Verfahren so einfach und effektiv wie möglich zu gestalten. Gedacht wird dabei an einen Raster, welcher nach der im Schlussbericht aufgeführten Zusammenstellung der Empfehlungen nach den einzelnen Adressaten aufgebaut ist (vgl. Anhang 1).

An ihren weiteren Sitzungen wird sich die Arbeitsgruppe neben der Erstellung dieses Rasters und der Auswertung der Berichte aus den Departementen bzw. Aemtern vermehrt mit der Weiterentwicklung und Aktualisierung von einzelnen Massnahmen beschäftigen. Ausgangspunkt hierfür sind neben anderem die von den Befragten genannten Schwierigkeiten und Barrieren bei der Umsetzung der von ihnen angestrebten Massnahmen. Gemeinsames Ziel ist die weitere Sensibilisierung der Aemter und Departemente für Gleichstellungsfragen.

Um eine effektive Umsetzung der Empfehlungen bei den Institutionen ausserhalb der Bundesverwaltung zu fördern, regt die interdepartementale Arbeitsgruppe an, entsprechende Veranstaltungen durchzuführen. Ein Beispiel hierfür wäre eine gemeinsame Tagung der Adressaten aus dem Bildungs- und Hochschulbereich. Mögliche Prio-

ritäten in diesem Bereich zu setzen, erscheint aus zwei Gründen sinnvoll: Zum einen haben verschiedene der in diesem Bereich tätigen Institutionen Interesse an einem Austausch in dieser Frage geäußert und zum anderen wurde bei der Auswertung deutlich, dass in diesem Bereich teilweise Koordinierungsprobleme entstehen. Einen Ueberblick über die frauenfördernden Aktivitäten im Bildungs- und Hochschulbereich zu erhalten, ist aufgrund der Komplexität der Institutionen und ihren Aufgaben vergleichsweise schwierig. Eine Verbesserung der Koordination sowie eine Intensivierung des Austausches zwischen den einzelnen Adressaten ist ein Anliegen, welches bei der Befragung geäußert wurde. Einem solchen Informations- und Meinungsaustausch zur Umsetzung der Empfehlungen des Schlussberichts könnte eine *Fachtagung* dienen.

Für das weitere Vorgehen empfiehlt die Arbeitsgruppe, dem Bundesrat folgende Punkte zum Beschluss zu unterbreiten:

- a. Die von der interdepartementalen Arbeitsgruppe 'Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi' begonnene Arbeit soll fortgeführt werden.
- b. Schwerpunkt der künftigen Arbeit soll die Umsetzung der Empfehlungen bei den Organen der Bundesverwaltung sein.
- c. Mittels einem von der Arbeitsgruppe zu erarbeitenden Raster sollen die Adressaten innerhalb der Bundesverwaltung regelmäßig rund alle zwei Jahre über die weitere Umsetzung der Empfehlungen berichten. Die Ergebnisse sind zu publizieren.
- d. Der Bundesrat beauftragt das BBW, in Zusammenarbeit mit den mitinteressierten Stellen eine gemeinsame Tagung der Adressaten aus dem Bildungs- und Hochschulbereich zu organisieren, um die Umsetzung der Empfehlungen auch bei den mit den Bundesorganen regelmäßig zusammenarbeitenden Institutionen zu fördern.

Inhaltsverzeichnis der Empfehlungen nach den einzelnen Adressaten

D. Anhang

Bundesrat	25, 31, 33, 34, 52, 63, 66, 67, 72
Bundesverwaltung (generell)	19, 23, 35, 67, 74
Bundeskanslei	52, 63, 64
Departemente (generell)	52, 63, 64, 67
Zentrale Personaldienste	64, 68, 70
Nationale Departemente und Bundesräte:	
BA (generell)	29, 31, 32, 51
BE (generell)	25, 27, 41
- BAE	40, 50
- BAI	12-20, (ausb. 15, 16, 21, 24, 27
- BEB	1-11, 32, 41, 55, 56, 61
- BEV	14, 22, 27, 28
- BEW	27, 30, 39, 40, 41, 42, 53, 30
BR	
- B	22
BD (generell)	29, 34
BE (generell)	54, 61, 62
- BEA	19, 24, 61, 68, 69, 76, 73, 72
BE	
- BEA	12, 20, 39, 40, 57, 63, 65, 70
Ihre Nationalrat	
Ihre Bundesrat	> 72
Sekretariat Bundesversammlung	

Zusammenstellung der Empfehlungen nach den einzelnen Adressäten

A

Bundesrat	25, 31, 33, 54, 62, 63, 66, 67, 71
Bundesverwaltung (generell)	19, 35, 36, 67, 74
Bundeskanzlei	62, 63, 64
Departemente (generell)	62, 63, 66, 67
Zentrale Personaldienste	64, 68, 70
Einzelne Departemente und Bundesämter:	
EDA (generell)	29, 31, 32, 63
EDI (generell)	25, 37, 45
- BAK	40, 59
- BAG	12-28; insb. 15, 16, 21, 24, 27
- BFS	1-11, 39, 41, 55, 56, 61
- BSV	14, 22, 27, 28
- BBW	37, 38, 39, 40, 41, 43, 55, 56
EJPD	-
- BJ	59
EMD (generell)	29, 34
EFD (generell)	64, 65, 68
- EPA	59, 64, 65, 66, 68, 69, 70, 71, 72
EVD	-
- BIGA	13, 28, 39, 40, 60, 61, 69, 72

B

Büro Nationalrat	74
Büro Ständerat	
Sekretariat Bundesversammlung	

C

Institutionen des Bundes ausserhalb der Bundesverwaltung sowie kantonale und private Institutionen:

Eidg. Maturitätskommission (EMK)	37
Krankenkassenkonkordat	15, 16, -2
Nationale Schweiz. UNESCO-Kommission	30
Rotes Kreuz (SRK)	39
Sanitätsdirektorenkonferenz	12-28
Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufs- und Studienberatung (AGAB)	38, 40, 41, 44, 55, 56
Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Schulen für Sozialarbeit (SASSA)	22
Schweiz. Dokumentationsstelle für Schul- und Bildungsfragen (CESDOC)	37
Schweiz. Dozentenvereinigung	40, 45
Schweiz. Hochschulkonferenz (SHK)	38, 41, 42, 45, 46, 47, 49, 50, 51, 52, 53, 57, 58, 71
Schweiz. Hochschulrektorenkonferenz (SHRK)	35, 36, 45
Schweiz. Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren	30, 35, 36, 37, 46, 47
Schweiz. Nationalfonds (SNF)	33, 35, 36, 38, 41, 42, 43, 46, 47, 49, 50, 51, 52, 54, 59, 71
Schweiz. Schulrat	53
Schweiz. Wissenschaftsrat (SWR)	41
Schweiz. Unfallversicherungsanstalt (SUVA)	13, 28
Verband Schweiz. Studentenschaften (VSS)	38, 41
Verein Feministische Wissenschaft	45
Verein Schweiz. Gymnasiallehrer (VSG)	46, 47, 48

BUNDESAMT FÜR KULTUR
Sektion IV
Dienst für Frauenfragen

FRAGEBOGEN

zur Umsetzung der Massnahmenvorschläge des
Schlussberichtes 'Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von
Nairobi' (1988)

1. Name Ihrer Dienststelle/Institution:

.....
.....
.....
.....
.....
.....

Allgemeine Fragen

2. Wurde der Schlussbericht innerhalb Ihrer Dienststelle bzw.
Institution verteilt?

- Ja
- Nein

3. Wenn ja, an wen?

.....
.....
.....
.....
.....

4. Wurde der Schlussbericht vorgestellt und besprochen?

- Ja
- Nein

5. Wenn ja, in welcher Form?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

6. Auf welche Art und Weise erfolgte die Prüfung der vorgeschlagenen Massnahmen? (z.B. Einsetzen einer Arbeitsgruppe)

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

7. Wer ist zuständig für die Umsetzung?

Einzelne Person: Wer?

.....
.....
.....

Arbeitsgruppe: bestehend aus welchen Mitgliedern:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Groupe de travail interdépartemental
 Suivi de la Conférence mondiale de Nairobi de la Décennie des
 Nations unies pour la femme

situation initiale	
Mandat et démarche du groupe de travail	1
Les membres du groupe de travail	2
RAPPORT CONCERNANT L'APPLICATION DES MESURES PROPOSEES DANS LE	
RAPPORT FINAL DE 1988 "SUIVI DE LA CONFERENCE MONDIALE DE	
NAIROBI DE LA DECENNIE DES NATIONS UNIES SUR LA FEMME"	
Dépouillement du dépouillement	3
Aperçu des résultats	3
Dépouillement du questionnaire de 1990	4
Réactions suscitées par les recommandations	5
du rapport	5
Barrières et obstacles rencontrés lors de	
la mise en œuvre des mesures proposées	5
Idees et suggestions	10
Evaluation des mesures mises en œuvre dans	
les différents domaines	11
Alia	23
Développements futurs	24
Annexe	27
Juin 1991	

(Traduction: Gilles Cuenat / André Frossard)

Contenu

Pages

Mandat et démarche du groupe de travail		
Le Conseil fédéral a institué en 1986 un groupe de travail inter-départemental chargé de la mise en oeuvre des Stratégies prospectives d'action ("Forward Looking Strategies") décidées en mai 1985 lors de la Conférence nationale des Nations unies sur la femme. La mission de ce groupe de travail consistait à examiner les possibilités d'application de ces stratégies dans les différents domaines d'action fédérale et à préparer, à l'usage du Conseil fédéral, des projets concrets dans ce domaine.		
A.	Situation initiale	
1.	Mandat et démarche du groupe de travail	1
2.	Les membres du groupe de travail	2
B.	Dépouillement du questionnaire adressé aux destinataires du rapport final	
1.	Déroulement du dépouillement	3
2.	Aperçu des résultats	3
2.1	Dépouillement du questionnaire de 1990	4
2.2	Réactions suscitées par les recommandations du rapport	8
2.3	Barrières et obstacles rencontrés lors de la mise en oeuvre des mesures proposées	9
2.4	Idées et suggestions	10
3.	Evaluation des mesures mises en oeuvre dans les différents domaines	11
4.	Bilan	23
C.	Développements futurs	24
D.	Annexe	27

A. Situation initiale

1. Mandat et démarche du groupe de travail

Le Conseil fédéral a institué en 1986 un groupe de travail interdépartemental chargé de la mise en oeuvre des Stratégies prospectives d'action ("Forward Looking Strategies") décidées en juillet 1985 lors de la Conférence mondiale des Nations Unies sur la femme. La mission de ce groupe de travail consistait à examiner les possibilités d'application de ces stratégies au sein de l'administration fédérale et à préparer, à l'intention de Conseil fédéral, des projets concrets dans ce sens.

Le rapport final établi par le groupe de travail en 1988 propose une série de mesures dans différents domaines: statistique, santé, sécurité sociale, désarmement, paix, paix par l'éducation, éducation, formation, recherche, formation professionnelle et travail, Confédération en tant qu'employeuse. Ces propositions s'adressent à des autorités et à des organismes déterminés: offices fédéraux, départements, Conseil fédéral, institutions suisses d'importance nationale ne faisant pas partie de l'administration. Le rapport définit le degré d'intensité (promotion/développement des efforts déjà entrepris, intensification des activités en cours, tâches nouvelles) et établit un calendrier (court, moyen ou long terme) pour l'application des mesures proposées. Les stratégies décidées à Nairobi sur le thème du développement font l'objet d'une appréciation d'ensemble.

Après avoir pris connaissance du rapport final, le chef du Département fédéral de l'intérieur a chargé le groupe de travail interdépartemental d'une part d'évaluer périodiquement la mise en oeuvre des recommandations et d'autre part, de faire, le cas échéant, au Conseil fédéral des propositions de concrétisation.

C'est la raison pour laquelle le groupe de travail s'est réuni à trois reprises depuis le printemps de 1990. Après avoir dressé oralement un premier inventaire des mesures qui se sont concrétisées dans les offices fédéraux, il a décidé d'adresser un questionnaire aux destinataires pour obtenir des informations plus précises.

Le groupe de travail a opté pour un questionnaire ouvert laissant aux personnes interrogées le loisir de faire part de leurs remarques et de leurs appréciations. Il n'a pas voulu limiter les questions aux mesures concrètes mises sur pied, mais a cherché à recueillir des réactions et des avis sur le rapport et les recommandations qu'il contient.

A la réception des questionnaires en août/septembre 1990, le groupe de travail a procédé à leur évaluation, discuté des résultats et défini la procédure à suivre. En juin 1991, le groupe de travail a approuvé le présent rapport à l'unanimité.

2. Les membres du groupe de travail

ADAM Elisabeth
Office fédéral des assurances sociales

BAUMANN Elisabeth
Département fédéral des finances

COSSALI Monique
Office fédéral de la justice

GARKE Esther
Office fédéral de l'éducation et de la science

KELLER Elisabeth (présidente)
Office fédéral de la culture

LAEDERACH-FELLER Verena
Office fédéral de la culture

LIEBERHERR Françoise
Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire

MOSER-BURRI Silivia
Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail

PREISIG Ursula
Office fédéral du personnel

SCHLAEPI Erika
Direction du droit international public

B. Dépouillement du questionnaire adressés aux destinataires du rapport final

1. Déroulement du dépouillement

Le questionnaire (cf. annexe 2) préparé par le groupe de travail interdépartemental a été envoyé en août/septembre 1990 à tous les établissements auxquels s'adressaient les recommandations du rapport final (cf. annexe 1).

On observe des différences dans les *réactions* au questionnaire. La totalité des *départements et offices de la Confédération* y ont répondu.

Pour ce qui concerne les *institutions de la Confédération ne faisant pas partie de l'administration fédérale et les institutions cantonales et privées*, onze des dix-neuf établissements interrogés nous ont retourné le questionnaire. Les cinq institutions suivantes ont retourné un questionnaire dûment rempli: la commission fédérale de maturité, la Commission nationale suisse pour l'UNESCO, la Conférence universitaire suisse, le Fonds national suisse et la CNA. La Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique s'est prononcée de son chef sur les recommandations du rapport final dans une prise de position à l'intention du Conseil fédéral qui remonte à 1989. En décembre 1990, nous adressions un rappel aux huit destinataires qui n'avaient pas retourné le questionnaire; une seule réponse devait nous parvenir, celle de la Société suisse des professeurs de l'enseignement secondaire (SSPES), qui n'a toutefois pas examiné le rapport.

Les constatations qui précèdent prouvent l'importance prépondérante, dans ce contexte, des normes obligatoires. Un seul des services de l'administration fédérale a fait l'objet d'un rappel. On constate que les institutions en contact avec la Confédération qui ont été invitées à se prononcer sur les mesures les concernant se sont senties moins obligées de répondre. En outre, leurs réponses sont souvent lacunaires.

L'intérêt de la méthode choisie (questionnaire, le plus souvent sous forme de questions ouvertes) était de donner aux destinataires l'occasion de dresser un *bilan intermédiaire* de leur action. Cette occasion a été partiellement saisie. Ainsi les résultats ne se limitent pas à mettre en évidence quelles sont les mesures qui ont jusqu'ici été discutées et mises en oeuvre, ils livrent en plus des données générales permettant d'évaluer comment les recommandations ont été reçues dans les offices et institutions consultées.

2. Aperçu des résultats

2.1 Dépouillement du questionnaire de 1990

Le tableau suivant donne un aperçu quantitatif des réponses obtenues:

2.1. Dépouillement du questionnaire de 1990

Questionnaire	Questionnaire rempli	Rapport distribué	Rapport discuté	Mesures	Données complémentaires
A					
Secrétariat général des services du Parlement	oui	non	non	non	non
Départements et offices fédéraux:					
DFAE	non	non	oui	oui	prise de pos.
- Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire	oui	oui	non	non	annexe
DFI					
- Office fédéral de la culture	oui	oui	oui	oui	oui
- Office fédéral de la santé publique	non	non	non	ev. 1991	lettre

Questionnaire	Questionnaire rempli	Rapport distribué	Rapport discuté	Mesures	Données complémentaires
- Office fédéral de la statistique	oui	oui	oui	oui	oui
- Office fédéral des assurances sociales	oui	non	oui	non	oui
- Office fédéral de l'éducation et de la science	oui	oui	non	oui	annexes
DFJP					
- Office fédéral de la justice	oui	oui	non	oui	oui
DMF					
- Etat-major du groupement de l'état-major général	oui	non	non	non	annexes
- Commission "La femme et la défense générale"	non	non	non	non	annexes
DFE / OFPER	oui	oui	oui	(oui)	oui

Questionnaire	Questionnaire rempli	Rapport distribué	Rapport discuté	Mesures	Données complémentaires
DFEP					
- Office fédéral des affaires économiques extérieures	oui	oui	oui	non	oui
- Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail	oui	oui	oui	oui	annexes
- Office fédéral de l'agriculture	non	non	oui	(oui)	lettre
- Office vétérinaire fédéral	oui	oui	non	non	oui
- Office fédéral du logement	oui	oui	oui	non	oui
- Administration fédérale des blés	oui	oui	non	non	oui
C					
Institutions de la Confédération ne faisant pas partie de l'administration et institutions cantonales et privées					
Commission fédérale de maturité (CFM)	oui	non	oui	oui	oui

Questionnaire	Questionnaire rempli	Rapport distribué	Rapport discuté	Mesures	Données complémentaires
Croix-Rouge suisse	non	non	non	non	annexe
Conférence des directeurs cantonaux des affaires sanitaires	non	non	non	non	lettre
Conseil suisse des écoles de service social (CSESS)	non	non	non	non	lettre
Conférence universitaire suisse	oui	oui	oui	oui	annexes
Conférence suisse des recteurs des universités suisses (CRUS)	non	non	non	non	non
Conférence suisse des directeurs de l'instruction publique (CDIP)	non	oui	oui	oui	prise de pos.
Fonds national suisse	oui	oui	oui	oui	oui
Caisse nationale de l'assurance-accident (CNA)	oui	non	non	non	lettre
Union nationale des étudiants de Suisse (UNES)	non	non	non	non	lettre
Association suisse des professeurs d'université (ASOU)	non	non	non	non	non

2.2 Réactions suscitées par les recommandations du rapport final

On demandait aux destinataires de faire part de leur réaction à l'égard des recommandations formulées par le groupe de travail.

Au sein de l'administration, les réactions se révèlent dans l'ensemble positives. La grande majorité des départements et des offices fédéraux jugent que les recommandations sont judicieuses. Seul le Département militaire fédéral a émis des critiques à l'endroit de certaines recommandations le concernant; cette attitude n'est pas partagée par les autres départements et offices. On peut noter que toutes une série de mesures ont été discutées et mises en oeuvre sur la base du rapport final de Nairobi et des recommandations correspondantes. Les réponses données par certains offices ne permettent toutefois pas de savoir avec certitude dans quelle mesure les recommandations ont été effectivement suivies ou s'il s'agit seulement de déclarations d'intention. Des doutes subsistent également quant à savoir quelles mesures seront mises en application et à quel moment elles le seront.

Des services consultés de manière indirecte ont aussi donné leur avis sur les recommandations: ainsi l'Office fédéral de la santé publique (auquel les recommandations s'adressent par l'intermédiaire du département compétent) indique dans une lettre qu'il n'a à ce jour adopté aucune mesure, mais qu'il a l'intention d'aborder les recommandations en 1991; passé ce délai, il donnera suite au questionnaire du groupe de travail. L'Office fédéral de l'agriculture (lui aussi indirectement consulté) fait savoir dans une lettre que le rapport avait été discuté au niveau de la direction, quand bien même l'office n'est qu'indirectement concerné. Il salue expressément les recommandations générales en vue de traduire dans les faits le principe de l'égalité entre femmes et hommes. La réponse de l'Office de l'agriculture laisse par ailleurs entrevoir la mise sur pied d'une politique du personnel destinée à promouvoir la situation des femmes; ainsi, davantage de femmes occuperont des postes de cadre moyen et les secrétaires se verront partiellement confier des tâches qui sont généralement réservées à des collaborateurs et collaboratrices scientifiques. On s'efforcera par ailleurs de favoriser l'entrée de femmes dans les commissions extra-parlementaires relevant de ce domaine.

Il apparaît clairement que les institutions de la Confédération qui ne font pas partie de l'administration fédérale ainsi que les institutions cantonales et privées se sentent nettement moins concernées par les recommandations, aussi clairement formulées soient-elles. Beaucoup ignoraient l'existence du rapport final. L'Office fédéral de la culture (Service des questions féminines) a reçu de nombreux appels téléphoniques au sujet des recommandations ainsi que plusieurs commandes du rapport final. Un certain nombre de destinataires ont déclaré que les recommandations étaient hors de leurs compétences. Ainsi la Conférence des directeurs cantonaux des affaires sanitaires n'a pas répondu au questionnaire au motif qu'elle n'avait pas la compétence de mettre en oeuvre des mesures qui

incombent, à ses yeux, aux cantons. Reste à savoir si la Conférence des directeurs cantonaux des affaires sanitaires a incité les cantons - comme le rapport l'y engageait - à suivre les recommandations. Le Conseil suisse des écoles de service social (CSESS), qui estime ne pas être compétent en sa qualité d'organisation faîtière, laisse aux écoles de travail social le soin d'appliquer les recommandations. Celles-ci disent ne pas avoir eu connaissance du rapport final et renvoie la balle dans le camp de l'organisation faîtière.

Plusieurs destinataires avouent ne pas connaître l'existence des recommandations, ce qui soulève la question suivante: qui, au sein d'une institution, est compétent pour examiner le rapport et pour appliquer les recommandations qui y sont formulées? Les institutions ont plus ou moins discuté le rapport et l'ont fait connaître suivant l'importance qu'elles y attachaient. Autre réaction aux recommandations: une destinataire, réagissant à l'initiative "Des paroles aux actes", a proposé de s'occuper régulièrement de la thématique de la promotion de la femme.

Quelles *priorités* les institutions et organisations interrogées se sont-elles fixées pour appliquer les recommandations qui leur étaient adressées?

La première priorité a été donnée à la création des bases nécessaires à l'application des recommandations. Les autres priorités sont les suivantes: accroître le pourcentage de femmes qui accèdent à des fonctions, des offices, et des commissions dans lesquelles elles sont actuellement sous-représentées; faciliter la réinsertion professionnelle des femmes et accroître la flexibilité du temps de travail. Les priorités sont souvent établies en fonction de la durée et de la complexité de la tâche: nombreux sont ceux qui ont commencé à mettre en oeuvre des mesures réalisables à court terme, mais hésitent à développer des mesures à plus long terme qui nécessitent un surcroît de personnel et davantage de moyens organisationnels et financiers.

2.3 Barrières et freins s'opposant à la mise en oeuvre des mesures proposées

Quels ont été les obstacles et les freins majeurs à la mise en oeuvre des mesures proposées dans le rapport? C'est là une question capitale dans la perspective des recommandations futures. Les réponses se divisent en deux catégories:

On déplore d'une part les barrières rencontrées lors de la mise en oeuvre des recommandations dans les offices et les institutions. D'autre part, on se plaint souvent des obstacles auxquels les travailleuses continuent d'être confrontées. L'énumération suivante donne un aperçu des barrières le plus fréquemment rencontrées.

Barrières rencontrées lors de la mise en oeuvre des recommandations dans les offices et les institutions:

- manque de personnel,
- manque de bases légales et de normes obligatoires,
- absence ou insuffisance de compétence de la Confédération,
- problématique des tâches transversales, qu'il faudrait harmoniser avec les questions sectorielles,
- problèmes de coordination.

Barrières rencontrées par les travailleuses:

- interruption de l'activité professionnelle des femmes,
- cumul des charges professionnelles et familiales,
- problèmes de réinsertion,
- restriction du champ d'activité professionnelle,
- offre insuffisante de postes à temps partiel dans les fonctions supérieures,
- absences fréquentes qu'impose aux femmes seules l'éducation des enfants.

2.4. Idées et suggestions

Les établissements interrogés ont eu l'occasion de faire des suggestions pour une application plus efficace des recommandations; ces suggestions présentent un très grand intérêt pour le groupe de travail interdépartemental. Quels sont aux yeux de ces établissements les points d'application prioritaires? Dans quel domaine faudrait-il consentir davantage d'efforts?

Voici en vrac les différentes propositions et idées qui nous sont parvenues:

- recensement des mesures positives mises en oeuvre et information des destinataires (DFAE),
- publication des résultats (émulation) (DFF/OPPER),
- amélioration de la coordination entre les milieux chargés de la formation (définir par exemple des responsabilités, etc.) (OFES),
- accroissement des ressources humaines et financières nécessaires pour développer les travaux statistiques (OFS),
- institutionnalisation du groupe de travail a) en organisant des rencontres régulières deux fois par an et b) en procédant à une évaluation régulière (une fois par an, év. un fois tous les deux ans), au moins des domaines essentiels (OFAS),
- évaluation régulière des mesures mises en oeuvre (OFJ, UNES),
- désignation d'un comité (OPPER, Commission) chargé de choisir annuellement une ou deux mesures, de stimuler leur mise en oeuvre par des méthodes modernes (information, motivation) et de veiller à ce qu'elles soient un succès (administration fédérale des blés),

- développement des relations avec le public; information et motivation du public pour les recommandations et les questions féminines (CNA),

- nouvelle présentation du rapport final, prise de contact et échange d'informations avec les hautes écoles et les représentants du secteur de la recherche, discussion des mesures envisageables pour la promotion de la femme dans les différentes disciplines scientifiques (commission nationale suisse pour l'UNESCO, Fonds national suisse).

3. Evaluation des mesures mises en oeuvre dans les différents domaines

L'évaluation suivante reprend la répartition par domaine utilisée dans le rapport final. Pour chaque domaine, nous citons les recommandations du rapport final sur lesquelles les destinataires se sont exprimés. Nous mentionnons également d'autres activités en rapport avec chaque sujet abordé.

I. Statistiques (FLS §§ 63, 64)

Recommandations 1 - 11:

Destinataire:

OFS, avec la collaboration partielle d'autres offices

OFS:

- Aspects globaux: renforcement des évaluations pour chaque sexe en particulier, intensification de l'utilisation d'une langue épïcène;
- Amélioration des structures de base (mesure à court terme: établissement explicite d'un champ d'activité portant sur la "situation de la femme"; mesure à long terme: amélioration de l'infrastructure, tant dans l'optique des concepts que des données);
- Activités futures: développement des structures de base, puis réalisation des autres mesures.

Recommandation 6: La situation de la femme doit donner lieu explicitement à davantage d'évaluations, d'analyses et de rapports statistiques.

OFC:

- Sur demande de l'OFC, l'OFS a établi en 1990 des statistiques sur la situation de la femme dans les établissements d'enseignement supérieur en Suisse.

II. Santé et sécurité sociale (FLS §§ 139ss, 148 à 162, 278, 286, 287, 296)

§ 139 Sécurité au travail

Recommandation 13: Il convient de mener davantage d'enquêtes et, par la suite, de campagnes d'information en faveur de la sécurité et de la sauvegarde de la santé au travail.

Destinataires:

CNA; OFIAMT (dont le Service médical du travail a notamment publié un important rapport sur l'état de santé des caissières).

CNA:

- Tâche permanente. Lors de l'examen des cas, il faudra continuer de prêter une attention particulière à la santé de la femme et de l'enfant pendant la grossesse.

OFIAMT:

- Etude de l'OFIAMT sur les conditions de travail et la santé des travailleuses et travailleurs, par J. Buchenberger et M. Fahrni, 1990

§ 140 Protection de la maternité

Recommandation 14: Le groupe de travail propose d'examiner, à long terme, la question de la ratification des instruments de l'OIT, une fois que notre pays se sera doté d'une assurance maternité fédérale.

Destinataire:

OFAS (avec la collaboration de l'OFIAMT et de la Direction du droit international public).

OFAS:

- Faute d'assurance-maternité, il n'a pour l'heure pas été possible de ratifier des conventions de l'OIT à ce sujet ainsi que la partie VII du Code Européen de Sécurité Sociale.

§ 148 Soins extra-hospitaliers

Recommandation 15: Il conviendrait d'introduire dans l'étude un complément ou une spécification à cet effet.

Recommandation 16: Les cantons de VD, TI et BE prévoient une étude commune sur les indicateurs relatifs à la santé. Les questionnaires qui seront établis à cette fin devraient absolument recueillir des données pour chaque sexe en particulier; les questions devraient être posées et dépouillées en vue d'une comparaison entre femmes et hommes.

Destinataires:

Cantons de Vaud, du Tessin et de Berne; les contacts avec ces cantons ont été établis par l'entremise de l'OFSP et de la Conférence des directeurs des affaires sanitaires

OFSP:

- La mise en oeuvre des recommandations ressortit aux gouver-

nements cantonaux

Conférence des directeurs des affaires sanitaires:

- Aucune mesure prise à ce jour; d'éventuelles mesures sont prévues en 1991.

§ 153 Enquêtes en matière de médecine du travail

Recommandation 21: La médecine du travail s'occupera d'effectuer des enquêtes qui porteront également sur les emplois dits féminins et tiendront compte des multiples charges incombant aux femmes.

CNA:

- Tâche permanente

§ 155 Dépistage et mesures de prévention

Recommandation 22: A moyen terme, les caisses-maladie devraient toutes prendre en charge à titre facultatif (par exemple par des campagnes de sensibilisation) le dépistage et les mesures de prévention (comme le dépistage du cancer).

Destinataire:

OFAS, Concordat des caisses-maladie suisses.

OFAS:

- Bases légales en préparation (nouvelle loi sur l'assurance-maladie),
- Certaines caisses-maladie ont déjà inclus des mesures de prévention dans leur catalogue de prestations.

§ 162 Conseils aux mères allaitantes

Recommandation 25: Les caisses-maladie devraient prendre en charge des prestations comme les conseils aux femmes allaitantes, qui sont souvent prodigués par du personnel (para)médical, dans le but d'améliorer leur état de santé. L'article 14, 5^e alinéa, de la LAMA sera complété, par analogie, à cette fin (octroi d'une indemnité d'allaitement et prise en charge, en sus, des conseils d'allaitement).

Destinataire:

Conseil fédéral, chef du DFI.

OFAS:

- Des bases légales sont indispensables, cf. révision de la loi sur l'assurance-maladie (art. 17, 1^{er} al., lit. c), consultation au printemps 1991.

§ 287 Femmes jeunes

Recommandation 27: Des études sur l'inceste sont absolument nécessaires (voir à ce sujet l'activité du groupe de travail "Enfance maltraitée") (Organe compétent: section des affaires familiales (OFAS); c'est là, en effet, un problème qui se pose surtout aux jeunes filles et aux jeunes femmes.

Destinataire:

OFSP, OFAS.

OFAS:

- Un rapport sur l'enfance maltraitée est en préparation; il abordera aussi vraisemblablement le thème de l'inceste.

§ 296 Femmes handicapées

Recommandation 28: Là aussi, on manque d'études ayant dégagé des informations utiles et concluantes sur chaque sexe en particulier. Il faudrait se concentrer sur les possibilités et les problèmes d'intégration et de réinsertion professionnelle et sociale des femmes ayant subi un accident ou souffrant d'une maladie professionnelle.

Destinataires:

OFAS, OFIAMT, CNA.

OFAS:

- Etude sur les possibilités et les problèmes de réinsertion sociale et professionnelle des femmes ayant été victimes d'un accident ou souffrant d'une maladie professionnelle.

CNA:

- Tâche permanente

Commission fédérale des questions féminines:

- Elaboration de propositions en vue de réaliser l'égalité entre femmes et hommes dans l'AI (1990), groupe de travail "situation de la femme dans l'assurance-invalidité" institué par le Conseil fédéral en 1991 et placé sous l'égide de l'Office fédéral des assurances sociales.

III. Désarmement, paix, la paix par l'éducation (FLS §§ 263 à 276)§ 272 Contacts avec des organisations féminines

Recommandation 29: Il faut intensifier les discussions - aujourd'hui routinières - avec les représentantes d'organisations féminines intéressées au sujet des objectifs généraux de la politique étrangère suisse dans les domaines de la paix, du désarmement, de la compréhension internationale et des droits de l'homme.

Destinataires:

DFAE et DMF.

DFAE

- Les services compétents du DFAE entretiennent dans les domaines en question des relations régulières, voire fréquentes dans certains domaines particuliers, avec de nombreux spécialistes d'organisations non gouvernementales, dont plusieurs organisations féminines.

DMF:

- Depuis le 1er janvier 1989, l'Office central de la défense est doté d'un service de coordination "Femme et défense générale". Des représentantes des organisations féminines participent au travail du groupe de travail "Etudes de concepts" constitué par la commission "femme et défense générale".

§ 273 Education et recherche

Recommandation 31: Il faut continuer d'accorder un soutien financier aux activités d'organisations comme l'Ecole Instrument de Paix, qui forme des enseignants venus des cinq continents, dans le but de promouvoir l'éducation aux droits de l'homme et à la paix.

Destinataires:

DFAE, Conseil fédéral.

DFAE:

- Depuis plusieurs années, la Confédération alloue régulièrement des subventions à l'"Ecole instrument de paix" et au "Centre international de formation à l'enseignement des droits de l'homme et à la paix" qui en dépend. La Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire a soutenu, au titre de l'aide à l'Europe de l'Est, les séminaires de formation pour enseignantes et enseignants organisés tous les ans, en allouant des bourses et des contributions à la publication. La direction du droit international public a versé dans les deux dernières années des contributions aux frais généraux prélevées sur son crédit destiné aux actions en faveur des droits de l'homme. Le montant total de la subvention fédérale s'est élevé à 75 000 francs en 1989 et à 125 000 francs en 1990.

§ 276 Participation des femmes aux recherches sur la paix

Recommandation 32: Des séminaires ou des conférences seront organisés avec la participation de spécialistes féminines dans le domaine de la recherche sur la paix, avec le soutien financier du Conseil fédéral, dans le cadre du crédit destiné aux recherches faites ou commandées par l'administration fédérale.

Destinataire:

DFAE.

DFAE:

- Le crédit du Conseil fédéral pour la recherche sert à financer des travaux de recherche ciblés confiés à des experts et à des scientifiques oeuvrant dans les domaines de la paix, du désarmement et de la sécurité.
- En Suisse, très rares sont les femmes qui sont compétentes dans ce domaine.
- Aucun mandat de recherche a jamais été donné à une femme.

IV. Education, formation, recherche (FLS §§ 166 à 171, 200 à 203)

Recommandations dans le domaine de la formation postobligatoire (écoles secondaires, hautes écoles, formation supérieure extrauniversitaire)

Destinataires:

OFES, CDIP.

OFES:

- Courrier de l'OFES adressé le 9 janvier 1989 aux milieux universitaires et scientifiques concernés par le rapport;
- Etudes prévues par l'OFES ou commandées par lui: plans de carrière et formation postuniversitaire pour les femmes titulaires d'un titre universitaire (en collaboration avec ASOU), les femmes et l'école secondaire, choix du type de la maturité (en collaboration avec CFM, dans la mesure où ces thèmes ne sont pas traités dans d'autres études;
- Participation aux travaux des groupes de travail de la Conférence universitaire suisse (CUS) et du Conseil suisse de la science (CSS); questions touchant les femmes (diverses études du CSS et, entre autres, un séminaire sur le thème "les femmes et les sciences de la nature"), un chapitre spécifiquement consacré aux questions féminines est inclus dans le plan de développement quadriennal du CUS, aide à la diffusion de rapports (exemple: rapport de l'Académie suisses des sciences techniques, "les femmes et la profession d'ingénieur");
- Soutien d'un programme national de recherche sur les questions féminines, 6e série (Les femmes face au droit et à la société - Voies de l'égalité);
- Incitation à traiter des thèmes concernant spécifiquement les femmes dans le cadre du programme de sciences sociales du projet international de recherche COST;
- Soutien d'une déléguée suisse à l'"European Network für Women's studies" placé sous l'égide du Conseil de l'Europe;
- Participation/délégation de spécialistes suisses à des congrès internationaux consacrés à la question des femmes dans l'université, par ex. UNESCO-CEPES, Conseil de l'Europe;
- Soutien de propositions concernant les activités menées par l'UNESCO (CEPES) pour promouvoir la promotion de la femme dans les universités;
- Dans le cadre des mesures visant à promouvoir la coopération internationale dans le domaine de l'éducation (message "sur la mobilité" du 17 septembre 1990) on a évoqué la possibilité d'une participation de la Suisse au programme communautaire pour les femmes "IRIS", au cas où il serait ouvert à des Etats non membres de la CE;
- L'arrêté fédéral du 23 mars 1990 relatif au financement des mesures spéciales en faveur du perfectionnement professionnel et ses ordonnances d'exécution contiennent des mesures de soutien particulières en faveur de la formation continue des femmes;
- Message du Conseil fédéral aux Chambres fédérales concernant les mesures spéciales en faveur de l'encouragement de la relève universitaire (juin 1991). Il y est notamment prévu d'accroître le pourcentage de femmes dans le corps enseignant universitaire ("Les responsables des hautes écoles veillent à ce que dans l'ensemble, au moins un tiers des postes financés par ces mesures soient occupés par des femmes").

CDIP:

- La commission pédagogique de la CDIP a institué en 1991 un groupe de travail "VERA", qui est chargé d'examiner les recommandations contenues dans le rapport "Mêmes chances de formation pour jeunes filles et garçons" élaboré en 1981 et de préparer un rapport à ce sujet. Les résultats sont atten-

pus en automne 1991.

Autres recommandations:

§§ 168 à 171 Femmes dans les collèges ou gymnases / Accès à l'université

Recommandation 37: Etudier le choix du type de maturité (contexte et motifs susceptibles d'expliquer les différences de pourcentage de femmes selon le type de maturité), car il n'existe pas d'analyse des motivations pour le moment.

Destinataires:

DFI, Commission fédérale de maturité (CFM), OFES, CDIP, CSDEE.

OFES/CFM:

- L'OFES a inscrit sur sa liste des études à effectuer un travail sur choix du type de maturité (recherche des motivations), qui n'a toutefois pas encore été réalisé.

Recommandation 38: Etudier les raisons du choix que font les femmes d'une profession, d'études ou des branches de leurs études (questions sur les éléments de la décision reposant sur une répartition stéréotypée des rôles dans le couple, préjugés émis sur la filière des sciences naturelles et les disciplines techniques).

Destinataires:

OFS, ASOU, OFES (FNSRS, universités), UNES.

Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes:

- Enquête sur les différentes filières professionnelles suivies par les jeunes adultes (plans de carrière).

Recommandation 39: Consacrer une étude aux femmes qui suivent ou ont suivi une formation supérieure extra-universitaire, en mettant l'accent sur les femmes (et le rôle qui leur est attribué) qui ont des métiers dans le domaine social et médical, ou d'autres professions relevant de l'OFIAMT.

OFIAMT:

- On a commandé en 1990 (à Calonder Gerster) une étude sur la "Situation des femmes exerçant une profession" en vue d'exécuter les mesures spéciales en faveur de la formation continue. Cette étude examine les origines directes et indirectes des problèmes particuliers que les femmes rencontrent dans leur activité professionnelle (choix de la profession, interruption et réinsertion, cessation de l'activité).

Recommandation 40: Organiser des colloques, des congrès de perfectionnement pour les conseillères et conseillers en orientation universitaire.

OFIAMT:

- L'Association suisse pour l'orientation scolaire et professionnelle propose dans son programme de formation continue pour 1991 un cours consacré à la promotion de la femme. Son objectif est de sensibiliser les participantes et participants à la questions des professions traditionnellement réservées à un ou à l'autre sexe et de s'attaquer aux idées reçues tant des conseillers que des adolescents.

V. Formation professionnelle et travail (FLS §§ 132-147, 163-173, 189-199, 228-231, 301)

§§ 81 et 84 Systèmes d'objectifs quantifiés appliqués au monde du travail

Recommandation 59: Il convient d'étudier scientifiquement (éventuellement dans le cadre d'un projet du Fonds national) les possibilités qui existent en droit et dans les faits d'introduire des systèmes d'objectifs quantifiés (système de quotas correspondant à la notion de "Zielvorgaben" en allemand) dans le monde du travail, tant dans les rapports de service de droit public que dans les rapports de travail de droit privé, et d'examiner les expériences que l'étranger a faites avec lesdits systèmes.

Destinataires:

OFPER, OFJ, Bureau fédéral de l'égalité, FNSRS.

Bureau fédéral de l'égalité:

- Etude "Chances et barrières de la promotion de la femme" (1990);
- Propositions pour le programme national de recherche (PNR) 35 "Les femmes face au droit et à la société - Voies vers l'égalité"

§ 136 Réinsertion professionnelle

Recommandation 60: Il est souhaitable que la réinsertion professionnelle soit intégrée dans l'article 50, 2^e alinéa, LFPr, soit en la mentionnant expressément dans la loi, soit en procédant à une interprétation extensive de la loi.

OFIAMT:

- Il conviendra de prendre particulièrement en compte cette requête lors d'une prochaine révision de la LFPr. Dans sa formulation actuelle, l'article 50 peut toutefois déjà s'appliquer à la réinsertion professionnelle. Par ailleurs, les mesures spéciales décidées dans le cadre du programme d'action pour le perfectionnement favoriseront la réinsertion. Une politique de soutien efficace passe toutefois par la mise sur pied de concepts garantissant que les mesures de soutien mises en oeuvre se poursuivront au-delà de la durée d'application du programme d'action. Cela garantit dans une certaine mesure une interprétation extensive de l'article 50 LFPr.

§ 137 Salaire égal

Recommandation 61: Le groupe de travail considère comme prioritaire toute mesure permettant de répondre au fort besoin qu'a notre pays de disposer de statistiques plus parlantes et mieux différenciées sur la question du salaire égal.

Destinataires:

OFIAMT, OFS.

OFIAMT:

- L'OFIAMT réalise une étude sur l'égalité des salaires - d'un point de vue statistique -, dont les résultats seront connus dans le courant de 1991. L'étude repose sur les données d'octobre de l'OFIAMT ainsi que sur ses statistiques (faites d'après les données de la CNA) concernant les salaires versés aux personnes victimes d'un accident de travail. A plus long terme, la révision des statistiques concernant les salaires (relevé d'octobre de l'OFIAMT compris) permettra de prendre davantage en compte la question de l'égalité des salaires.

OPJ:

- Office chargé de la loi sur l'égalité (ouverture de la procédure de consultation en janvier 1991).

VI. La Confédération, employeuse (FLS §§ 77 à 92, 132 à 147, 189 à 205, 356ss)

§ 79 Représentation accrue du Gouvernement par des femmes à des conférences et réunions internationales

Recommandation 63: Le groupe de travail propose que l'on choisisse des femmes à chaque fois qu'elles auront des qualifications équivalentes à celles des hommes, au moment d'accéder à des fonctions diplomatiques, consulaires ou de chancellerie.

Destinataires:

Conseil fédéral, départements, chancellerie fédérale.

DFAE:

- Le service consulaire tend à s'ouvrir aux femmes: cette tendance se confirme depuis plusieurs années. Il n'en va pas de même pour les fonctions diplomatiques où l'on observe une stagnation. Le système de recrutement prend en considération uniquement les qualifications des candidates et candidats et fait totalement abstraction de critères tels que l'origine géographique, la langue maternelle et le sexe. La commission chargée de l'admission des candidates et candidats, qui est composée de hauts fonctionnaires du DFAE et de représentants des hautes écoles, compte une femme parmi ses membres. Pour ce qui concerne la question du pourcentage de femmes dans le corps diplomatique, il faut se référer à la réponse donnée le 12 juin 1989 par le Conseil fédéral à la question Gren-delmeier. Les informations qu'elle contient restent aujourd'hui valables.

§ 84 Favoriser la formation et le perfectionnement des femmes

Recommandation 65: L'administration fédérale prévoiera à l'intention des secrétaires des cours de perfectionnement leur permettant d'être promues à des fonctions supérieures où elles traiteront directement les dossiers (la Confédération jouerait ici le rôle d'un pionnier).

Destinataires:

DFP, OFPER.

DFP:

- On a mis sur pied un cours pilote "Secrétaire 2000", dont l'objectif est de redéfinir la profession de secrétaire. On a procédé au printemps de 1991 à l'évaluation de trois cours pilotes qui ont déjà eu lieu. Une fois que l'on aura tiré tous les enseignements de ce projets, ce genre de cours aura lieu à intervalles réguliers.

§ 67 Participation accrue des femmes au processus de prise de décisions

Recommandation 66: On s'attachera à augmenter la présence des femmes aux postes de prise de décisions et de direction, au moment de l'embauche, de la promotion, de la formation et du perfectionnement. Ici aussi, on appliquera plus souvent le principe selon lequel il faut donner la préférence aux femmes si elles ont des qualifications équivalentes à celles des hommes, conformément à des instructions qui doivent encore être arrêtées par le Conseil fédéral. Des services seront chargés, au sein des départements, de veiller au respect de ces mesures et de favoriser une participation accrue des femmes au processus de prise de décisions. A l'instar de l'obligation qui a été instituée de présenter un rapport statistique bisannuel sur la représentation des minorités linguistiques dans l'administration fédérale, on présentera périodiquement un rapport au Gouvernement sur l'engagement et la promotion des femmes dans les différents offices et départements.

Destinataires:

Conseil fédéral, départements, Chancellerie fédérale, OFPER.

OFPER

- Instructions du Conseil fédéral, proposition au Conseil fédéral au printemps 1991; les instructions entreront vraisemblablement en vigueur le 1er juillet 1991.

§ 92 Composition des commissions

Recommandation 67: Les sièges "libres" des commissions fédérales, qui ne sont pas systématiquement occupés par les délégués d'associations, seront davantage ouverts aux femmes en vue d'une représentation féminine équitable.

Destinataires:

Conseil fédéral, Chancellerie fédérale, départements et offices.

Chancellerie fédérale:

- Interventions parlementaires réitérées, actuellement à l'examen dans les services de l'administration.

Administration fédérale des blés:

- Pour ce qui concerne la représentation de femmes dans diverses instances, l'office ne peut agir que de manière indirecte, quand il le peut (compétence de nommer).

§ 133 Campagnes de sensibilisation, relations publiques

OFC:

Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes:

- Publication de brochures: La promotion de la femme - Une promesse à tenir, 1990; Services de consultation pour les femmes en Suisse, 1990; Egalité des salaires entre hommes et femmes (version résumée), 1990;
- Mise sur pied de colloques: loi sur l'égalité (2 novembre 1990); les femmes et la communauté européenne (7 décembre 1990, en collaboration avec la Commission pour les questions féminines); la promotion de la femme dans l'entreprise (1991).

Commission fédérale pour les questions féminines:

- Publication du rapport "Prenez place, Madame", 1990.

§ 136 Horaires souples et réinsertion professionnelle

Recommandation 68: La réinsertion professionnelle figurera dans l'ordonnance du DFF concernant l'instruction professionnelle dans l'administration générale de la Confédération (ordonnance concernant la formation) ou dans des directives spécialement arrêtées par l'Office du personnel. On fera usage de la possibilité de bien indiquer, dans les mises au concours, que tel ou tel poste convient à une personne désireuse de reprendre une activité lucrative ou qu'il peut être divisé en temps partiels (deux mi-temps, par exemple).

Destinataires:

DFF, OFPER, services centraux du personnel.

OFPER:

- Projet "Programme de formation: mesures spéciales pour la formation des femmes dans l'administration générale de la Confédération";
- Un projet concret portant sur la formation est mis sur pied en collaboration avec le canton et la Ville de Berne (cours pilote en été 1991).

Administration fédérale des blés:

- Introduction d'horaires plus souples, qui facilitent la réinsertion professionnelle des femmes et leur évitent d'interrompre leur activité professionnelle.

§ Congé maternité, congé parental

Recommandation 70: Les possibilités de congé non payé offertes par l'administration fédérale (1 an pour la totalité de la carrière; 4 ans pour les agents du DFAE si certaines conditions sont remplies) sont souvent utilisées pour des congés maternité ou des congés parentaux prolongés. Les dispositions réglant ces congés devraient être plus largement diffusées et les services compétents devraient donner suite à davantage de demandes.

A l'intérieur de l'administration fédérale, l'interprétation correcte des dispositions sur le congé maternité et ses possibilités de prorogation devraient donner lieu à une mise en oeuvre et à des conditions d'octroi uniformes; d'où la nécessité d'instruire en conséquence les chefs du personnel, hommes et femmes.

Destinataires:

- Autorités de nomination de l'OFPER, services centraux du personnel

OFPER:

- A compter du 1er juillet 1989, la durée du congé de maternité a passé de 8 à 16 semaines. L'on examine actuellement les possibilités d'améliorer le droit au congé payé pour s'occuper d'enfants malades ou d'autres personnes ayant besoin de soins.

§ 200 Incidences des nouvelles techniques

Recommandation 72: Les incidences des nouvelles techniques sur les travailleuses et les travailleurs seront analysées pé-riodiquement afin que l'on puisse parer à temps aux effets néfastes qui pourraient se manifester, surtout pour la santé des intéressés et la qualité de leur emploi.

Destinataires:

OFPER, avec la collaboration de l'OFO et des services concernés.

OFPER:

- Les directives révisées sont en vigueur depuis le 1er janvier 1990: l'OFIAMT a donné une formation spéciale dans le domaine médical aux inspecteurs chargés de ces questions.

OFIAMT:

- Les études suivantes ont été commandées: Effets du travail à l'écran sur la grossesse et la fécondité; effets sur la grossesse de l'exposition aux substances chimiques.

CNA:

- Tâche permanente

§§ 267, 359 Participation à des conférences, réunions et séminaires

Recommandation 73: Les agentes de l'administration fédérale devraient avoir davantage l'occasion de participer à des conférences, réunions et séminaires aux niveaux national et international traitant de questions telles que l'égalité des droits, le développement et la paix, y compris la paix par l'éducation.

Destinataires:

Tous les secrétariats généraux et offices fédéraux, bureaux du Conseil national et du Conseil des Etats, Chancellerie fédérale, secrétariat de l'Assemblée fédérale, groupes.

OFC:

- Participation régulière du service des questions féminines aux travaux de la Commission européenne de l'égalité de Conseil de l'Europe à Strasbourg; envoi d'une délégation suisse, dirigée par Mme Judith Stamm, à la Conférence de l'ONU

consacrée à la femme qui s'est tenue à Vienne en 1990.

DFAE:

- On accorde davantage d'importance aux travaux visant à promouvoir les droits de la femme menés par les instances internationales (par ex. de la "Commission sur la Condition de la femme" de l'ONU et du "Comité européen de l'Egalité entre les femmes et les hommes" du Conseil de l'Europe). Des représentantes sont si possible présents aux séances de ces différentes enceintes. Madame l'ambassadrice Marianne von Grüningen est à la tête de la Division politique III (politique de paix et de sécurité, désarmement), dont dépend le service CSCE, qui joue un rôle déterminant dans la politique de la Suisse à l'égard de la CSCE.

VII. Développement (FLS §§ 93 à 231, 283ss, 292s, 298s, 322ss)

Destinataire:

DDA

DDA:

- La DDA a institué en 1990 un groupe de travail "femmes et développement", sur la base des recommandations du rapport final de Nairobi;
- Activités en 1990: mesures visant à renforcer le rôle de la femme dans le processus de développement exposées dans le "message du 21 février 1990 concernant la continuation de la coopération technique et de l'aide financière en faveur des pays en développement";
- Activités en 1991: la priorité a été donnée à la formation (cours de formation sur la "Gender Analysis" destiné aux collaboratrices et collaborateurs de la DDA), séminaire de formation consacré à la participation des femmes au développement au Mali et au Niger.

4. Bilan

D'une manière générale, on peut affirmer que le rapport final du groupe interdépartemental de travail "Suivi de la conférence mondiale de Nairobi de la Décennie des Nations unies pour la femme" a été bien accueilli. On peut se féliciter aussi de l'intérêt que les départements et les offices directement concernés par les recommandations ont manifesté à l'égard du questionnaire.

Le Conseil fédéral a souhaité que l'on procède à un contrôle et à une évaluation des mesures adoptées depuis 1988; cette

manière de procéder se révèle judicieuse. Ainsi le questionnaire envoyé aux établissements en 1990, en amenant les intéressés à se pencher à nouveau sur le rapport final, à rappeler l'importance des mesures proposées. Par ailleurs, le questionnaire a appris l'existence des recommandations aux services qui n'en avaient que vaguement ou pas du tout eu connaissance en 1988.

Les institutions qui ont étudié le contenu du rapport final ont exprimé des avis largement positifs. Si l'on considère les activités mentionnées par les destinataires, on se rend compte que rapport final a largement contribué à intensifier les actions déjà entreprises pour promouvoir l'égalité des sexes. En plus, il a souvent incité les intéressés à élaborer et à mettre en oeuvre de nouvelles mesures, principalement à moyen et à long terme.

Il se confirme que les recommandations contribuent à une conscientiser les gens pour les questions concernant les femmes et l'égalité. Les personnes interrogées estiment qu'il est particulièrement important de sensibiliser sans relâche les collaboratrices et collaborateurs des établissements à ces questions.

Il existe sans conteste une volonté de mettre en oeuvre les mesures à court, à moyen et à long terme. Pour ces dernières, des mesures incitatives sont parfois nécessaires: informations et suggestions remplissent cette fonction; mais la concrétisation des recommandations à long terme passe avant tout par un meilleur encadrement, notamment par le renforcement du soutien et des conseils lors de la conception des mesures.

Les établissements interrogés estiment qu'il est indispensable de continuer d'évaluer les résultats obtenus. On souhaite également qu'il y ait davantage d'échanges entre les destinataires des recommandations.

C. Développements futurs

Le groupe de travail interdépartemental s'est livré à une réflexion approfondie en vue de définir l'attitude à adopter à l'avenir. Il s'est déclaré prêt à poursuivre son travail. La collaboration interdépartementale s'est révélée bénéfique lorsqu'il s'est agi d'évaluer la mise en application des recommandations. Il a été possible d'éliminer certains chevauchements grâce à un meilleur échange d'informations. Les rapports entre les différents départements sont appelés à se développer dans la mesure où la concrétisation des mesures implique principalement des tâches transversales et des mesures supradépartementales.

La perspective de la prochaine Conférence de l'ONU sur la situation de la femme (qui aura lieu à Pékin ou à Vienne en 1995) constitue aux yeux du groupe de travail une raison supplémentaire de continuer le travail entrepris. Ses membres ont convenu d'organiser des rencontres annuelles. Même si les ré-

sultats obtenus jusqu'ici, au sein comme en dehors de l'administration, sont réjouissants, les objectifs fixés lors de la conférence de Nairobi sont loin d'être atteints en Suisse.

Le groupe de travail a décidé d'établir des priorités. L'accent sera mis à l'avenir sur les activités au sein de l'administration fédérale et sur les thèmes particuliers. Le groupe de travail entend profiter de la dynamique positive à l'égard de la promotion de la femme et de l'égalité qui règne au sein de l'administration pour redoubler d'efforts et parvenir à des résultats meilleurs encore.

Il se fixe notamment pour but de conscientiser davantage le personnel fédéral à ces questions. Pour ce faire, il suggère que les services intéressés de l'administration livrent tous les deux ans un rapport sur l'application des mesures dans leurs domaines respectifs. Le groupe de travail serait chargé de procéder à l'évaluation des rapports et de les publier.

L'on pourrait envisager pour les prochains rapports des départements et des offices une procédure plus simple que celle utilisée pour le questionnaire d'automne 1990, qui, faut-il le rappeler, avait pour but de tirer au clair des questions fondamentales (réactions face au rapport final, diffusion et efficacité de ce rapport, élaboration et exécution de mesures à court, moyen et long terme, priorités, obstacles rencontrés lors de la mise en oeuvre des mesures, propositions visant à combler certaines lacunes du rapport). Le groupe de travail entend préparer un modèle afin de simplifier et d'optimiser la procédure. On pourrait reprendre le modèle utilisé dans le rapport final, qui énumère les recommandations en indiquant chaque fois les destinataires concernés (cf. annexe 1).

En plus de préparer ce modèle et évaluer les rapports des départements et des offices, le groupe de travail entend faire un effort accru pour développer et actualiser les différentes mesures. Pour ce faire, il tiendra compte essentiellement des barrières qui entravent la réalisation des mesures. La sensibilisation des offices et des départements aux questions d'égalité est un objectif général.

Le groupe de travail suggère d'organiser des manifestations pour inciter les *établissements ne faisant pas partie de l'administration à mettre ne oeuvre les recommandations* les concernant. On pourrait par exemple envisager de réunir dans un colloque les milieux universitaires et de l'éducation. Il existe deux bonnes raisons de faire de la formation un domaine prioritaire: d'une part, différentes institutions intéressées les intéressés ont exprimé le souhait d'échanger leurs vues à ce sujet, et d'autre part l'évaluation révèle que de sérieux problèmes de coordination se posent dans ce secteur. Il est particulièrement difficile de tirer des conclusions sur les progrès réalisés en matière de promotion de la femme dans le domaine de l'éducation et d'établir des comparaisons avec d'autres domaines d'activités, tant est large l'éventail des institutions et diversifiée la nature de leurs tâches. Un séminaire serait pour les différents établissements une excel

lente occasion d'échanger des vues et des informations.

Le groupe de travail propose d'inviter le Conseil fédéral à se déterminer sur les thèses suivantes:

- a. Le travail commencé par le groupe de travail interdépartemental "Suivi de la conférence mondiale de Nairobi de la Décennie des Nations Unies pour la femme" doit être poursuivi.
- b. L'activité future doit être axée sur la mise en oeuvre des recommandations dans les organes de l'administration fédérale.
- c. Les services de l'administration fédérale sont tenus de livrer tous les deux ans environ un rapport sur l'avancement de l'exécution des recommandations les concernant, au moyen du document élaboré par le groupe de travail. Les résultats du rapport seront publiés.
- d. Le Conseil fédéral invite les établissements universitaires et de l'éducation à se rencontrer lors d'un colloque afin de promouvoir la mise en oeuvre des recommandations auprès des institutions qui collaborent régulièrement avec les services de la Confédération.

Liste des destinataires des recommandations

A	
Conseil fédéral	25, 31, 33, 54, 62, 63, 66, 67, 71
Administration fédérale (à l'ensemble de l'administration)	19, 35, 36, 67, 74
Chancellerie fédérale	62, 63, 64
Départements (à l'ensemble des Départements)	62, 63, 66, 67
Services centraux du personnel	64, 68, 70
Départements et offices fédéraux:	
DFAE (à l'ensemble du département)	29, 31, 32, 63
DFI (à l'ensemble du département)	25, 37, 45
- OFC	40, 59
- OFSP	12-28; spec. 15, 16, 21, 24, 27
- OFS	1-11, 39, 41, 55, 56, 61
- OFAS	14, 22, 27, 28
- OFES	37, 38, 39, 40, 41, 43, 55, 56
DFJP	-
- OFJ	59
DMF (à l'ensemble du département)	29, 34
DFF (à l'ensemble du département)	64, 65, 68
- OFPER	59, 64, 65, 66, 68, 69, 70, 71, 72
DFEP	-
- OFIAMT	13, 28, 39, 40, 60, 61, 69, 72
B	
Bureau du Conseil national	
Bureau du Conseil des Etats	74
Secrétariat de l'Assemblée fédérale	

C

Institutions fédérales ne faisant pas partie de l'administration et institutions cantonales et privées:

Commission fédérale de maturité (CFM)	37
Concordat des caisses-maladie suisses	15, 16, 22
Commission nationale suisse pour l'UNESCO	30
Croix-Rouge suisse (CRS)	39
Conférence des directeurs des affaires sanitaire	12-28
Association suisse pour l'orientation universitaire (ASOU)	38, 40, 41, 44, 55, 56
Conseil suisse des écoles de service social (CSESS)	22
Centre suisse de documentation en matière d'enseignement et d'éducation (CSDEE)	37
Association suisse des professeurs d'université	40, 45
Conférence des universités suisses (CUS)	38, 41, 42, 45, 46, 47, 50, 51, 52, 53, 57, 58, 71
Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS)	35, 36, 45
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique	30, 35, 36, 37, 46, 47
Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNSRS)	33, 35, 36, 38, 41, 42, 43, 46, 47, 49, 50, 51, 52, 54, 59, 71
Conseil des écoles polytechniques fédérales	53
Conseil suisse de la science (CSS)	41
Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accident (CNA)	13, 28
Union nationale des étudiants de Suisse (UNES)	38, 41

Association Feminisme, Femmes,
Recherche

45

Société suisse des professeurs
de l'enseignement secondaire (SSPES)

46, 47, 48

ANNEXE

Annexant la concrétisation des mesures proposées dans le rapport
du "Mirri de la Conférence mondiale de Nairobi de la Décennie
de l'égalité des sexes pour la femme" (1985)

1. Nom de votre service/institution:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

2. Adresse:

Le rapport final a-t-il été discuté au sein de votre service
ou de votre institution?

- Oui
- Non

3. Si oui, à quelles personnes?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

4. Le rapport final a-t-il été présenté et discuté?

- Oui
- Non

OFFICE FEDERAL DE LA CULTURE
Section IV
Service des questions féminines

QUESTIONNAIRE

concernant la concrétisation des mesures proposées dans le rapport final "Suivi de la Conférence mondiale de Nairobi de la Décennie des Nations Unies pour la femme" (1988)

1. Nom de votre service/institution:

.....
.....
.....
.....
.....
.....

Généralités

2. Le rapport final a-t-il été distribué au sein de votre service ou de votre institution?

- Oui
- Non

3. Si oui, à quelles personnes?

.....
.....
.....
.....
.....

4. Le rapport final a-t-il été présenté et discuté?

- Oui
- Non

15. Si oui, lesquelles?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

16. Sur quelles bases avez-vous fixé vos priorités?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

17. Quelles réactions ont suscité les mesures qui ont été prises?

- positives
- plutôt positives
- plutôt négatives
- négatives
- indifférence

autres réactions:

.....
.....
.....
.....
.....

.....
.....
.....
.....
.....
.....

18. Activités futures

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Analyse

19. Où le rapport pourrait-il assurer un soutien et/ou servir de référence?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Gruppo di lavoro interdipartimentale
 Attività risultanti dal Congresso mondiale femminile dell'ONU di
 Nairobi

RELAZIONE SULL'ATTUAZIONE DELLE MISURE PROPOSTE DAL RAPPORTO
 FINALE "ATTIVITA' RISULTANTI DAL CONGRESSO MONDIALE FEMMINILE
 DELL'ONU DI NAIROBI" DEL 1988

giugno 1991

(Traduzione: Claudia Frasa-Schmid)

Indice

pagina

A.	La situazione di partenza	
1.	Incarico e procedimento operativo del gruppo di lavoro	1
2.	Composizione del gruppo di lavoro	2
B.	L'inchiesta per questionario fra i destinatari del rapporto finale	
1.	Conduzione dell'inchiesta	3
2.	Sintesi dei risultati dell'inchiesta	3
2.1.	Compendio dell'inchiesta per questionario del 1990	4
2.2.	Reazioni alle raccomandazioni del rapporto finale	8
2.3.	Ostacoli e impedimenti all'attuazione delle misure proposte	9
2.4.	Suggerimenti per ulteriori realizzazioni	10
3.	Analisi per settori dei lavori di attuazione	11
4.	Conclusioni	22
C.	Sviluppi futuri	23
D.	Appendice	26

A. La situazione di partenza

1. Incarico e procedimento operativo del gruppo di lavoro

Nel 1986 il Consiglio federale ha istituito un gruppo di lavoro interdipartimentale denominato 'Attività risultanti dal Congresso mondiale femminile dell'ONU di Nairobi' allo scopo di porre in atto le strategie ('Forward Looking Strategies') formulate in seguito al Congresso suddetto, svoltosi nel luglio 1985. Al gruppo è stato affidato il compito di saggiare l'applicazione di queste strategie all'interno dell'amministrazione federale e di elaborare adeguate proposte di realizzazione all'indirizzo del Consiglio federale.

Il rapporto finale elaborato nel 1988 dal gruppo di lavoro contiene raccomandazioni per l'applicazione di misure nei settori della statistica, della sanità e della prevenzione sociale, del disarmo, della pace, dell'educazione alla pace, dell'educazione, della formazione, della ricerca, della formazione professionale e del lavoro, della Confederazione in qualità di datore di lavoro. Esse sono indirizzate a destinatari specifici: uffici federali, dipartimenti, Consiglio federale, istituzioni d'importanza nazionale esterne all'amministrazione federale. Il rapporto definisce inoltre il grado d'intensità (sostegno e sviluppo degli sforzi già intrapresi, intensificazione delle attività esistenti, nuovi compiti) e le scadenze (a breve, medio o lungo termine) per l'attuazione delle misure proposte. Le strategie definite a Nairobi sul tema dello sviluppo sono state globalmente apprezzate.

Dopo aver preso atto del rapporto finale, il capo del Dipartimento federale dell'interno ha incaricato il gruppo di lavoro interdipartimentale di procedere periodicamente a un'analisi dell'attuazione delle proprie raccomandazioni e di proporre eventuali misure al Consiglio federale.

Per questo motivo il gruppo di lavoro ha ripreso l'attività nella primavera del 1990, riunendosi per tre ulteriori sedute. Dopo aver inventariato oralmente le misure messe in atto nei singoli uffici federali, il gruppo ha deciso di procedere a un'inchiesta in forma scritta tramite un questionario indirizzato ai destinatari delle raccomandazioni.

Il gruppo di lavoro ha optato per un questionario dalle domande possibilmente estese e aperte, che lasciasse agli interrogati la possibilità di fare osservazioni e aggiunte. Evitando di limitare le domande alle misure concretamente attuate, il questionario avrebbe permesso di raccogliere anche pareri e reazioni in merito al rapporto finale e alle sue raccomandazioni.

I questionari d'inchiesta, compilati nei mesi di agosto e settembre 1990, sono stati analizzati dal gruppo di lavoro che ne ha discusso i risultati e ha definito gli sviluppi futuri. Il presente rapporto è stato approvato all'unanimità dal gruppo di lavoro nel giugno 1991.

2. Composizione del gruppo di lavoro

Elisabeth ADAM

Ufficio federale delle assicurazioni sociali

Elisabeth BAUMANN

Dipartimento federale delle finanze

Monique COSSALI

Ufficio federale di giustizia

Corinne COSTA

Ufficio federale di statistica

Esther GARKE

Ufficio federale dell'educazione e della scienza

Elisabeth KELLER (presidente)

Ufficio federale della cultura

Verena LAEDRACH-FELLER

Ufficio federale della cultura

Françoise LIEBERHERR

Direzione della cooperazione allo sviluppo e dell'aiuto umanitario

Silvia MOSER-BURRI

Ufficio federale dell'industria, delle arti e mestieri e del lavoro

Ursula PREISIG

Ufficio federale del personale

Erika SCHLAEPI

Direzione del diritto internazionale pubblico

B. L'inchiesta per questionario fra i destinatari del rapporto finale

1. Conduzione dell'inchiesta

Il questionario elaborato dal gruppo di lavoro interdipartimentale (v. appendice 2) è stato inviato nei mesi di agosto e settembre 1990 a tutti i destinatari delle raccomandazioni del rapporto finale di Nairobi (v. appendice 1).

Varie sono state le reazioni al questionario: esso è stato compilato da tutti i dipartimenti ed uffici federali interpellati.

Delle 19 fra istituzioni della Confederazione non facenti parte dell'amministrazione federale e istituzioni cantonali e private interpellate, 11 hanno inviato una risposta. Il questionario è stato compilato dalle seguenti cinque istituzioni: Commissione federale di maturità, Commissione nazionale svizzera per l'UNESCO, Conferenza universitaria svizzera, Fondo nazionale svizzero e INSAI. La Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione si era già pronunciata sulle raccomandazioni del rapporto finale in una presa di posizione all'attenzione del Consiglio federale nel settembre 1989. Un richiamo del dicembre 1990 inviato a otto istituzioni che non avevano ancora risposto ha permesso di ricevere soltanto il questionario dell'Associazione svizzera degli insegnanti di scuola secondaria, che peraltro non aveva preso in esame il rapporto.

Se ne deduce che l'obbligatorietà ha un'importanza preponderante in questo contesto. Soltanto uno dei servizi federali interpellati ha dovuto essere richiamato, mentre le istituzioni vicine all'amministrazione federale invitate a pronunciarsi sulle misure che le avrebbero toccate si sono sentite molto meno tenute a rispondere. Inoltre, le risposte di queste ultime sono state per lo più lacunose.

Il metodo scelto (questionario, domande per lo più aperte) avrebbe dovuto dare ai destinatari la possibilità di fare un proprio 'bilancio intermedio', e quest'occasione è stata in parte sfruttata. Così i risultati non si limitano a indicare le misure del rapporto finale finora discusse e attuate, ma contengono altresì indicazioni generali sulla valutazione delle raccomandazioni da parte degli uffici e delle istituzioni interpellati.

2. Sintesi dei risultati dell'inchiesta

2.1. Compendio dell'inchiesta per questionario del 1990

La tabella seguente riassume quantitativamente le risposte degli enti interpellati:

2.1. Compendio dell'inchiesta per questionario del 1990

Questionario	Questionario riempito	Rapporto distrib.	Rapporto discusso	Misure ulteriori	Indicazioni ulteriori
A					
Segreteria generale dei servizi del Parlamento	si	no	no	no	no
Singoli dipartimenti e uffici federali:					
DFAE	no	si	si	si	presa di pos.
- Direzione della cooperazione allo sviluppo e dell'aiuto umanitario	si	si	no	no	documento allegato
DFI					
- Ufficio federale della cultura	si	si	si	si	si
- Ufficio federale della sanità pubblica	no	no	no	ev.nel 1991	lettera

Questionario	Questionario riempito	Rapporto distrib.	Rapporto discusso	Misure adottate	Indicazioni ulteriori
- Ufficio federale di statistica	si	si	si	si	si
- Ufficio federale delle assicurazioni sociali	si	no	si	no	si
- Ufficio federale dell' edu- cazione e della scienza	si	si	no	si	documenti allegati
DFGP					
- Ufficio federale di giustizia	si	si	no	si	si
DMF					
- Stato maggiore dell'aggruppa- mento dello stato maggiore generale	si	no	no	no	documenti allegati
- Commissione "Donna e difesa generale"	no	no	no	no	documenti allegati
DFF / UFFER	si	si	si	(si)	si

Questionario	Questionario riempito	Rapporto distrib.	Rapporto discusso	Misure adottate	Indicazioni ulteriori
DFEP					
- Ufficio federale dell'economia esterna	si	si	si	no	si
- Ufficio federale dell'industria, delle arti e mestieri e del lavoro	si	si	si	si	documenti allegati
- Ufficio federale dell'agricoltura	no	no	si	(si)	lettera
- Ufficio federale di veterinaria	si	si	no	no	si
- Ufficio federale delle abitazioni	si	si	si	no	si
- Amministrazione federale dei cereali	si	si	no	no	si
C					
Istituzioni della Confederazione esterne all'amministrazione federale, istituzioni cantonali, istituzioni privati					
Commissione federale di maturità (CFM)	si	no	si	si	si
Commissione nazionale dell'UNESCO	si	si	si	si	si

Questionario	Questionario riempito	Rapporto distrib.	Rapporto discusso	Misure adottate	Indicazioni ulteriori
Croce rossa svizzera (CRS)	no	no	no	no	documento allegato
Conferenza dei direttori cantionali della sanità	no	no	no	no	lettera
Conferenza svizzera delle scuole superiori per operatori sociali (CSSOS)	no	no	no	no	lettera
Conferenza universitaria svizzera (CUS)	si	si	si	si	documenti allegati
Conferenza dei rettori delle università svizzere (CRUS)	no	no	no	no	no
Conferenza svizzera dei direttori cantionali della pubblica educazione (CDPE)	no	si	si	si	presa di pos.
Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica	si	si	si	si	si
Istituto nazionale svizzero di assicurazione contro gli infortuni (INSAI)	si	no	no	no	lettera
Unione nazionale svizzera degli studenti (UNSS)	no	no	no	no	lettera
Associazione svizzera degli insegnanti di scuola secondaria	no	no	no	no	no

2.2. Reazioni alle raccomandazioni del rapporto finale

Nel questionario si richiedeva di prendere posizione in merito alle raccomandazioni formulate dal gruppo di lavoro.

Le reazioni *in seno all'amministrazione federale* sono state sostanzialmente positive. Una grande maggioranza dei dipartimenti e degli uffici federali trova sensate le raccomandazioni. Solo il Dipartimento militare federale si esprime criticamente nei confronti di alcune misure che lo concernono. Un atteggiamento che non si ritrova negli altri uffici e dipartimenti, per i quali si constata che una serie di misure sono state discusse e avviate sulla scorta del rapporto finale di Nairobi e delle raccomandazioni ivi formulate. Le risposte di alcuni uffici federali non permettono tuttavia in alcuni casi di chiarire se le raccomandazioni siano state effettivamente messe in atto o se si tratti soltanto di dichiarazioni d'intenzione. Altrettanto incerte sono in alcuni casi le scadenze per l'attuazione delle misure.

Vi sono state anche prese di posizione da parte di destinatari 'indiretti' del rapporto finale: l'Ufficio federale della sanità pubblica, al quale le raccomandazioni erano indirizzate indirettamente attraverso il dipartimento competente, indica in una lettera che finora nessuna raccomandazione è stata messa in atto, ma che nel 1991 l'Ufficio prenderà in esame le raccomandazioni per poi rispondere alla richiesta del gruppo di lavoro. L'ufficio federale dell'agricoltura - anch'esso consultato indirettamente - fa sapere in una lettera che il rapporto è stato discusso a livello di direzione, nonostante il fatto che l'ufficio fosse solo un destinatario indiretto delle raccomandazioni. Nella stessa, l'ufficio risponde positivamente alle raccomandazioni generali miranti alla realizzazione del principio dell'uguaglianza fra donne e uomini. La risposta menziona inoltre l'attuazione di misure a livello del personale, destinate a migliorare la condizione femminile: così saranno assegnati più posti di lavoro a donne nei quadri intermedi e alle segretarie saranno sempre più affidate mansioni solitamente riservate alle collaboratrici e ai collaboratori scientifici. Infine sarà incoraggiata l'entrata di donne in seno alle commissioni extraparlamentari attive nel settore.

Risulta con evidenza che *le istituzioni della Confederazione non facenti parte dell'amministrazione federale e le istituzioni cantonali e private* non sempre si sono sentite toccate dalle raccomandazioni, peraltro chiaramente formulate. Molte di esse ignoravano l'esistenza del rapporto finale, per cui il Servizio delle questioni femminili dell'Ufficio federale della cultura ha ricevuto numerose richieste d'informazione in merito alle raccomandazioni e non poche ordinazioni del testo del rapporto finale. Alcuni destinatari si dichiarano non competenti in merito, come ad esempio la Conferenza dei direttori cantonali della sanità, che con questa motivazione non risponde al questionario, appellandosi alla competenza dei cantoni quanto all'attuazione delle raccomandazioni. Resta da sapere se essa abbia perlomeno sollecitato i cantoni in tal senso, come proponeva il rapporto finale. Anche la Conferenza svizzera delle scuole superiori per operatori sociali (CSSOS) si dichiara non competente in quanto organizzazione mantello, rinviando alle singole scuole per operatori sociali. Queste ultime, non essendo a conoscenza del

rapporto finale, si rifanno a loro volta all'organizzazione mantello.

Alcuni destinatari non erano ancora a conoscenza delle raccomandazioni. Questo fatto porta a chiedersi chi sia stato effettivamente competente all'interno delle singole istituzioni per la disamina del rapporto finale e l'attuazione delle raccomandazioni. Il rapporto é stato discusso e diffuso all'interno delle istituzioni a seconda dell'importanza attribuita alle raccomandazioni. Un'istituzione interpellata ha infine aderito, in seguito alle raccomandazioni del rapporto, all'iniziativa "Dalle parole ai fatti", per potersi in futuro occupare regolarmente della promozione femminile.

Quali priorità hanno stabilito le istituzioni interpellate per l'attuazione delle raccomandazioni loro indirizzate? Bisogna anzitutto menzionare la creazione delle premesse necessarie a questo scopo. Le altre priorità si possono elencare di seguito: aumentare la percentuale delle donne che accedono a funzioni, istituzioni e uffici nei quali finora sono insufficientemente rappresentate, facilitare la reinserzione delle donne nel mondo del lavoro e accrescere la flessibilità degli orari di lavoro. La durata e la complessità del compito posto costituiscono un criterio fondamentale per la definizione delle priorità. Molte istituzioni interpellate hanno iniziato a mettere in atto le misure realizzabili a breve scadenza, ma non si pronunciano quanto alle misure a più lungo termine, in quanto queste comportano un maggiore impegno a livello organizzativo, finanziario e di personale.

2.3. Ostacoli e impedimenti all'attuazione delle misure proposte

La domanda mirante a individuare i settori nei quali i destinatari interpellati incontrano i maggiori ostacoli alla attuazione delle misure proposte nel rapporto permette di ricavare importanti indicazioni sull'esito futuro delle raccomandazioni. Le risposte si possono suddividere in due categorie:

Da un lato vengono menzionati ostacoli in seno agli uffici e alle istituzioni, dall'altro si deplora spesso l'esistenza di impedimenti ai quali le lavoratrici si trovano tuttora di fronte. Gli ostacoli più frequentemente menzionati sono elencati qui di seguito.

Ostacoli all'attuazione delle raccomandazioni in seno agli uffici e alle istituzioni:

- mancanza di personale,
- assenza di basi legali e di norme vincolanti,
- insufficiente competenza della Confederazione,
- problematica degli incarichi trasversali, che vanno armonizzati con le questioni settoriali,
- problemi di coordinamento.

Impedimenti per le lavoratrici:

- interruzione dell'attività lavorativa,
- cumulo degli obblighi professionali e famigliari,
- problemi di reinserimento,
- restrizione del campo di attività professionale,

- scarsa offerta di posti di lavoro a tempo parziale per funzinarie di categorie superiori,
- frequenti assenze dal lavoro da parte di donne che provvedono da sole all'educazione dei figli.

2.4. Suggestimenti per ulteriori realizzazioni

Di particolare interesse per il gruppo di lavoro interdipartimentale si rivelano le proposte che gli enti interpellati hanno avuto occasione di formulare allo scopo di rendere più efficace l'attuazione delle misure. Quali sono agli occhi degli interpellati i punti di partenza di eventuali misure future? In quali settori vedono la possibilità di intensificare gli sforzi in conformità al rapporto?

L'elenco seguente riassume le risposte pervenute al gruppo di lavoro:

- Rilevamento delle misure positive messe in atto con informazione ai destinatari (DFAE),
- Pubblicazione dei risultati (effetto di concorrenzialità) (DFF/UPFER),
- migliore coordinamento dei settori responsabili della formazione (ad esempio nella designazione dei coordinatori) (UFES),
- incremento del personale e dei mezzi finanziari per l'assunzione di nuovi compiti nel campo della statistica (UST),
- istituzionalizzazione del gruppo di lavoro tramite:
 - a) l'organizzazione di sedute semestrali,
 - b) la regolare valutazione annuale o semestrale dei settori essenziali (UFAS),
- valutazione regolare delle misure attuate (UFG; UNSS),
- designazione di un collegio (UPFER, commissione) incaricato di individuare una o due misure, di stimolarne l'attuazione per mezzo di metodi moderni (informazione, motivazione) e di verificarne l'esito (Amministrazione federale dei cereali),
- incremento delle relazioni con l'opinione pubblica, che va informata e motivata in relazione alle problematiche femminili e alle raccomandazioni (INSAI),
- procedere a una nuova presentazione del rapporto finale, prendere contatto e scambiare informazioni con i destinatari nelle scuole superiori e nel settore della ricerca, promuovere la discussione sulle possibili misure per l'incoraggiamento dell'attività femminile nelle singole discipline scientifiche (Commissione nazionale svizzera dell'UNESCO, Fondo nazionale svizzero).

3. Analisi per settori dei lavori di attuazione

L'analisi seguente riprende la suddivisione per settori operata nel rapporto finale e contiene le raccomandazioni alle quali gli enti interpellati con il questionario hanno fatto riferimento, nonché l'accento ad ulteriori attività in relazione al tema toccato.

I. Statistica (FLS §§ 63, 64)

Raccomandazioni 1-11:

Destinatario:

UST, parzialmente in collaborazione con altri uffici

UST:

- aspetti globali: incremento delle analisi condotte su ciascun sesso, intensificazione dell'uso di un linguaggio epigeno;
- miglioramento delle premesse strutturali (provvedimento a breve scadenza: definizione esplicita di un campo d'attività sulla "condizione femminile"; provvedimento a lunga scadenza: miglioramento dell'infrastruttura a livello di progetti e di dati);
- attività future: continuo miglioramento delle premesse strutturali, successiva realizzazione delle altre misure.

Raccomandazione 6: La condizione femminile deve essere oggetto esplicito di un maggior numero di analisi statistiche e di rapporti.

UFC:

- su richiesta dell'UFC, l'UST ha elaborato nel 1990 una serie di statistiche sulla condizione femminile nelle scuole superiori svizzere.

II. Salute e sicurezza sociale (FLS §§ 139f., 148-162, 278, 286, 287, 296)

§ 139 Sicurezza sul lavoro

Raccomandazione 13: E' necessario un maggior numero di inchieste e, per conseguenza, di campagne d'informazione sulla sicurezza e sulla salvaguardia della salute sul lavoro.

Destinatari:

INSAI, UFIAML

INSAI:

- Compito permanente. Anche nel corso di indagini specifiche sarà necessario continuare a prestare un'attenzione particolare alla salute della donna e del bambino durante la gravidanza.

UFIAML:

- Studio dell'UFIAML sulle condizioni di lavoro e sullo stato di salute dei lavoratori e delle lavoratrici a cura di J. Buchenberger e M. Fahrni (1990).

§ 140 Protezione della maternità

Raccomandazione 14: Il gruppo di lavoro propone di esaminare a lunga scadenza la questione della ratifica da parte svizzera delle convenzioni dell'Organizzazione internazionale del lavoro (OIL) e della VII parte del Codice europeo per la sicurezza sociale, in seguito alla creazione di un'assicurazione federale sulla maternità.

Destinatario:

UFAS (in collaborazione con l'UFIAML e la Direzione del diritto internazionale pubblico)

UFAS:

- La mancanza di un'assicurazione sulla maternità ha reso sinora impossibile la ratifica delle relative convenzioni dell'OIL e della VII parte del Codice europeo per la sicurezza sociale.

§ 148 Cure extra-ospedaliere

Raccomandazione 15: Sarebbe utile introdurre un complemento o una specificazione nell'inchiesta di un architetto di Losanna sulla riabilitazione a domicilio, che non stabilisce categorie di sesso nel rilevamento di dati e di fatti.

Raccomandazione 16: I cantoni di Vaud, del Ticino e di Berna prevedono di realizzare un'inchiesta in comune sugli indicatori relativi alla salute. I questionari allestiti allo scopo dovrebbero in ogni caso permettere di rilevare dati relativi a ognuno dei due sessi. Le domande dovrebbero venir poste e le risposte valutate in funzione di un confronto fra le situazioni degli uomini e delle donne.

Destinatari:

Cantoni di Vaud, del Ticino e di Berna; i contatti fra questi cantoni sono stati facilitati dall'UFSP e dalla Conferenza dei direttori cantonali della sanità

UFSP:

- L'attuazione delle raccomandazioni compete ai governi cantonali.

Conferenza dei direttori cantonali della sanità:

- Nessuna misura è stata presa finora; eventuali misure sono previste per il 1991.

§ 153 Ricerche sulla medicina del lavoro

Raccomandazione 21: Sono necessarie ricerche nel settore della medicina del lavoro che tengano conto anche degli impieghi cosiddetti femminili e dei compiti molteplici che spettano alle donne.

INSAI:

- Compito permanente

§ 155 Ricerche e misure preventive

Raccomandazione 22: Tutte le casse malati dovrebbero a media scadenza assumersi facoltativamente (ad esempio per mezzo di campagne di sensibilizzazione) le ricerche e le misure preventive (come ad esempio per la prevenzione contro il cancro).

Destinatari:

UFAS, Concordato delle casse malati svizzere

UFAS:

- Le basi legali sono in preparazione (nuova legge sull'assicurazione contro le malattie).
- Alcune casse malati hanno già incluso delle misure di prevenzione nel proprio catalogo di prestazioni.

§ 162 Consulenza per le madri che allattano

Raccomandazione 25: Le casse malati dovrebbero farsi carico di prestazioni quali la consulenza da parte di personale (para)medico alle madri che allattano, allo scopo di sostenerne e migliorarne lo stato di salute. L'art. 14 cpv. 5 della legge sull'assicurazione contro le malattie dovrà essere integrato in tal senso (concessione di un'indennità per l'allattamento e presa in carico della consulenza).

Destinatari:

Consiglio federale, Capo del DFI

UFAS:

- Una base legale è necessaria, cfr. la revisione della legge sull'assicurazione contro le malattie (art. 17, cpv. 1 lett. c), in procedura di consultazione nella primavera del 1991.

§ 287 Giovani donne

Raccomandazione 27: Sono assolutamente necessarie inchieste sull'incesto; si tratta in effetti di un problema che tocca soprattutto le ragazze e le giovani donne.

Destinatari:

UFSP, UFAS

UFAS:

- E' in preparazione un rapporto sul maltrattamento dei bambini, che tratterà presumibilmente anche il tema dell'incesto.

§ 296 Donne handicappate

Raccomandazione 28: Anche in questo campo mancano inchieste dai risultati utili e chiarificanti, in particolare per ciascun sesso. Occorrono indagini specifiche sulle possibilità e i problemi della (re)integrazione sociale e professionale delle donne che sono state vittime di incidenti o che soffrono di una malattia professionale.

Destinatari:

UFAS, UFIAML, INSAI

UFAS:

- E' prevista un'inchiesta sulle possibilità e i problemi di reinserimento delle donne che sono state vittime di incidenti o che soffrono di una malattia professionale.

INSAI:

- Compito permanente

Commissione federale per i problemi della donna:

- Elaborazione di proposte all'indirizzo del Consiglio federale per la realizzazione dell'uguaglianza fra donne e uomini nell'assicurazione contro l'invalidità (1990); istituzione da parte del Consiglio federale a partire dal 1991 di un gruppo di lavoro "Situazione della donna nell'assicurazione contro l'invalidità" coordinato dall'Ufficio federale delle assicurazioni sociali.

III. Disarmo, pace, educazione alla pace (FLS §§ 263-276)**§ 272 Contatti con organizzazioni femminili**

Raccomandazione 29: Occorre intensificare le discussioni, che già oggi hanno luogo regolarmente, con le rappresentanti di organizzazioni femminili interessate agli obiettivi generali della politica estera svizzera nei settori della pace, del disarmo, dell'intesa internazionale e dei diritti dell'uomo.

Destinatari:

DFAE e DMF

DFAE:

- Per quel che concerne i settori in questione, i servizi competenti del DFAE mantengono contatti regolari e in alcuni casi frequenti con numerose organizzazioni specializzate non governative, fra le quali sono comprese organizzazioni femminili.

DMF:

- Dal 1° gennaio 1989 l'Ufficio centrale della difesa dispone di un servizio di coordinamento "Donna e difesa generale". Rappresentanti di organizzazioni femminili partecipano all'attività del gruppo di lavoro "Questioni di concetto", istituito dalla commissione "Donna e difesa generale".

§ 273 Educazione e ricerca

Raccomandazione 31: Occorre continuare ad accordare un sostegno finanziario alle attività di organizzazioni quali l'"Ecole instrument de paix" che prepara insegnanti venuti dai cinque continenti all'insegnamento dei diritti dell'uomo e all'educazione alla pace.

Destinatari:

DFAE, Consiglio federale

DFAE:

- L'organizzazione "Ecole instrument de paix" ed il "Centre international de formation à l'enseignement des droits de l'homme et à la paix" ad essa collegato godono da alcuni anni di regolari sussidi da parte della Confederazione. La Direzione della cooperazione allo sviluppo e dell'aiuto umanitario ha sostenuto con borse di studio e contributi alle pubblicazioni, nel quadro degli aiuti ai paesi dell'Europa

orientale, i seminari di formazione per insegnanti che si tengono annualmente. La Direzione del diritto internazionale pubblico ha versato negli ultimi due anni contributi ai costi generali, prelevati dal credito destinato alle attività in favore dei diritti dell'uomo. L'ammontare globale delle sovvenzioni federali ha raggiunto 75'000 franchi nel 1989 e 125'000 franchi nel 1990.

§ 276 Partecipazione femminile alle ricerche sulla pace

Raccomandazione 32: Saranno organizzati seminari e/o conferenze con la partecipazione di specialiste nel campo della ricerca sulla pace, sostenuti finanziariamente per mezzo del credito del Consiglio federale destinato alle ricerche per conto dell'amministrazione federale.

Destinatario:

DFAE

DFAE:

- Il credito del Consiglio federale destinato alla ricerca serve a finanziare lavori di ricerca miranti ad uno scopo preciso e affidati ad esperti e scienziati operanti nei settori della pace, del disarmo e della sicurezza.
- In Svizzera il numero delle donne competenti in questi settori è molto limitato.
- Nessun incarico di ricerca è stato finora affidato a una donna.

IV. Educazione, formazione, ricerca (FLS §§ 166-171, 200-203)

Raccomandazioni nel settore della formazione post-obbligatoria (liceo, università, formazione superiore extra-universitaria)

Destinatari:

UFES, CDPE

UFES:

- Lettera dell'UFES inviata il 9 gennaio 1989 agli enti universitari e scientifici coinvolti dal rapporto;
- Ricerche previste o delegate all'UFES: modelli di carriera e formazione post-universitaria per donne in possesso di un titolo accademico (in collaborazione con l'ASOU), le donne nella scuola secondaria, la scelta del tipo di maturità (in collaborazione con la CFM), nella misura in cui questi argomenti non siano già stati oggetto di precedenti ricerche;
- Partecipazione all'attività dei gruppi di lavoro della Conferenza universitaria svizzera (CUS) e del Consiglio svizzero della scienza (CSS); stimolo alla riflessione sulle questioni concernenti le donne (diverse ricerche del CSS), fra cui un seminario sul tema "Le donne e le scienze naturali"; inclusione di un capitolo dedicato specificamente alle questioni femminili nel piano di sviluppo universitario nazionale della CUS; contributo alla divulgazione di rapporti (ad esempio, il rapporto dell'Accademia svizzera delle scienze tecniche "Le donne e la professione dell'ingegnere");

- Sostegno di un programma nazionale di ricerca sulle questioni femminili, 6a serie (La donna nel diritto e nella società - vie per l'uguaglianza; 6 milioni di credito);
- Stimolo alla trattazione di tematiche femminili nell'ambito del programma di scienze sociali relativo al progetto internazionale di ricerca COST;
- Sostegno di una delegata svizzera in seno allo "European Network for Women's Studies" del Consiglio d'Europa;
- Partecipazione di esperti svizzeri a convegni internazionali sul tema della donna nelle università, ad es. UNESCO-CEPES, Consiglio d'Europa;
- Sostegno di proposte concernenti le attività dell'UNESCO (CEPES) per la promozione della presenza femminile nelle università;
- Nel quadro delle misure di incoraggiamento alla collaborazione internazionale nel settore dell'educazione ("Messaggio sulla mobilità" del 17 settembre 1990) è menzionata la possibilità di un'adesione al programma comunitario per le donne "IRIS", nel caso di una sua apertura ai paesi non membri della CE;
- La formazione continua delle donne viene particolarmente incoraggiata sulla scorta del decreto federale del 23 marzo 1990 sulle misure particolari in favore del perfezionamento professionale e delle sue ordinanze;
- Messaggio del Consiglio federale alle Camere sulle misure particolari a sostegno della nuova generazione accademica (giugno 1991). In particolare vi si prevede l'aumento del quoziente femminile nel corpo insegnante universitario ("I responsabili delle università vegliano a che nell'insieme di tutte le scuole superiori almeno un terzo dei posti finanziati attraverso queste misure vengano occupati da donne").

CDPE:

- La Commissione pedagogica della CDPE ha istituito nel 1991 un gruppo di lavoro ("VERA") incaricato di verificare le raccomandazioni del 1981 sull'educazione femminile e le questioni d'uguaglianza e di elaborare un rapporto su questo argomento. I risultati saranno probabilmente disponibili nel 1991.

Raccomandazioni ulteriori:

§ 168-171 Le donne nei licei e l'accesso alle scuole superiori

Raccomandazione 37: Inchieste sulla scelta del tipo di maturità (motivi e retroscena che possano spiegare le differenze di quoziente femminile a seconda del tipo di maturità). Mancano sinora analisi delle motivazioni.

Destinatari:

DFI, Commissione federale di maturità (CFM), UFES, CDPE, CESDOC

UFES/CFM:

- L'UFES ha inserito nell'elenco delle inchieste da effettuare una ricerca sulle motivazioni nella scelta del tipo di maturità, che però non ha ancora potuto essere realizzata.

Raccomandazione 38: Studiare i motivi della scelta professionale e della scelta dei campi e dei settori di studio da parte delle donne.

Destinatari:

UST, ASOU, UFES (FNSRS, università), UNSS

Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo:

- Inchiesta sui differenti modelli di sviluppo dei giovani adulti (pianificazione e carriera professionale).

Raccomandazione 39: Dedicare un'inchiesta alle donne che seguono un percorso di formazione superiore extra-universitaria, con particolare attenzione alle donne (e al ruolo loro attribuito) operanti nei settori sociale e medico o in altre professioni dell'UFIAML.

UFIAML:

- In vista dell'applicazione delle misure particolari in favore del perfezionamento professionale è stata commissionata un'indagine sulla "Situazione delle donne che esercitano una professione" (A.E. Calonder Gerster, 1990). Essa esamina le cause e i retroscena dei problemi incontrati nel corso dell'attività professionale (scelta della professione, interruzione dell'attività e reinserimento, cessazione dell'attività).

Raccomandazione 40: Colloqui e congressi per il perfezionamento dei consulenti nell'orientamento universitario.

UFIAML:

- Nel programma di perfezionamento per il 1991 dell'Associazione svizzera per l'orientamento professionale è previsto un corso dedicato alla promozione femminile ("Il comportamento nella scelta professionale secondo i sessi"). Il suo scopo è di sensibilizzare le partecipanti e i partecipanti sui pregiudizi derivanti dall'esistenza di professioni tradizionalmente riservate all'uno o all'altro sesso, e riscontrabili sia nei consulenti che nei giovani richiedenti.

V. Formazione professionale e lavoro (FLS §§ 132-147, 163-173, 189-199, 228-231, 301)

§ 81 e 84 Definizione di obiettivi nel mondo del lavoro

Raccomandazione 59: Occorre studiare scientificamente (eventualmente nell'ambito di un progetto del Fondo nazionale) le possibilità giuridiche e fattive di definire obiettivi (regolamentazione della ripartizione percentuale) nel mondo del lavoro, sia nei rapporti di servizio di diritto pubblico che per i rapporti di lavoro di diritto privato, e di illustrare i risultati che in questo ambito sono stati conseguiti all'estero.

Destinatari:

UFPER, UFG, Ufficio federale per l'uguaglianza, FNSRS.

Ufficio federale per l'uguaglianza:

- Inchiesta "Possibilità e ostacoli alla promozione femminile" (1990),
- Proposte per il programma nazionale di ricerca (PNR) 35 "La donna nel diritto e nella società - vie per l'uguaglianza".

§ 136 Reinserimento professionale

Raccomandazione 60 : E' auspicabile che il reinserimento professionale sia integrato nell'art. 50 cpv. 2 della legge sulla formazione professionale (LFPr) con un'esplicita menzione nel testo di legge o almeno con una sua interpretazione estensiva.

Destinatario:

UFIAML

UFIAML:

- Bisognerà particolarmente tener conto di questa richiesta in occasione di una prossima revisione della LFPr. L'art. 50 della LFPr può tuttavia già essere applicato al reinserimento professionale nella sua formulazione attuale. Inoltre le misure particolari stabilite nel quadro del programma d'azione per il perfezionamento favoriranno il reinserimento. Un'efficace politica di sostegno necessita tuttavia di concetti che garantiscano che le misure messe in atto siano operanti anche oltre il programma d'azione suddetto, nel senso di un'interpretazione estensiva dell'art. 50 della LFPr.

§ 137 Parità di salario

Raccomandazione 61: Il gruppo di lavoro considera prioritarie tutte le misure che permettono di esaudire la grande richiesta di statistiche più esplicite e differenziate sulla questione della parità di salario.

Destinatari:

UFIAML, UST

UFIAML:

- L'UFIAML sta elaborando una ricerca sulla parità di salario - da un punto di vista statistico - i cui risultati saranno noti nel 1991. La ricerca si basa sui dati rilevati dall'UFIAML in ottobre e sulle sue statistiche, fondate sui dati dell'INSAI, concernenti gli stipendi versati ai dipendenti vittime di un incidente sul lavoro. A lunga scadenza la revisione delle statistiche sui salari (ivi compreso il rilievo d'ottobre dell'UFIAML) permetterà di considerare in misura maggiore la questione della parità di salario.

UFG:

- Ufficio incaricato della legge sull'uguaglianza (apertura della procedura di consultazione nel gennaio 1991).

VI. La Confederazione in quanto datore di lavoro (FLS §§ 77-92, 132-147, 189-205, 356ss)

§ 79 Maggiore presenza femminile nelle rappresentanze governative in seno a conferenze e congressi internazionali

Raccomandazione 63: Il gruppo di lavoro propone che le candidature femminili vengano preferite a quelle maschili a parità di qualifiche al momento di accedere a funzioni diplomatiche, consolari o di cancelleria.

Destinatari:

Consiglio federale, dipartimenti, Cancelleria federale

DFAE:

Da alcuni anni nell'ambito del servizio consolare si registra una tendenza all'apertura nei confronti delle donne. Al contrario, nel servizio diplomatico si registra una stagnazione. Il sistema di assunzione prende unicamente in considerazione le qualifiche delle candidate e dei candidati, astraendo totalmente da criteri quali la provenienza, la lingua materna e il sesso. La commissione incaricata dell'ammissione al servizio diplomatico, composta da alti funzionari del DFAE e rappresentanti delle scuole superiori, conta una donna fra i suoi membri. Per quel che attiene alla questione della percentuale delle donne nel corpo diplomatico, occorre riferirsi alla risposta del 12 giugno 1989 da parte del Consiglio federale alla domanda di Grendelmeier. Le informazioni ivi contenute sono ancora generalmente valide.

§ 84 Incoraggiamento alla formazione e al perfezionamento professionale femminile

Raccomandazione 65: L'amministrazione federale dovrà offrire alle segretarie la possibilità di frequentare corsi di perfezionamento che permetteranno loro di accedere a funzioni superiori qualificate comportanti il trattamento diretto delle pratiche (la Confederazione ha in questo un ruolo di pioniere).

Destinatari:

DFP, UPPER

DFP:

- E' stato istituito un corso-pilota "Segretaria 2000", il cui obiettivo è di ridefinire la professione di segretaria. Nella primavera del 1991 si è proceduto alla valutazione dei tre corsi-pilota sin qui tenuti. Non appena si saranno tratti tutti gli insegnamenti da questo progetto questo tipo di corso verrà proposto ad intervalli regolari.

§ 88 Maggiore partecipazione delle donne ai processi decisionali

Raccomandazione 66: Aumentare la presenza femminile al momento dell'assunzione e della promozione, nella formazione e nel perfezionamento, nei posti decisionali e direttivi. Anche qui sarà applicato con maggiore frequenza il principio della preferenza alle donne a parità di qualifica, conformemente alle direttive che il Consiglio federale dovrà emanare. All'interno dei dipartimenti, determinati servizi saranno incaricati di vegliare al rispetto di queste misure e di incoraggiare una maggiore partecipazione delle donne ai processi decisionali. Analogamente all'obbligo di presentare un rapporto statistico biennale sulla rappresentanza delle minoranze linguistiche nell'amministrazione federale, un rapporto periodico sull'impiego e la promozione delle donne negli uffici e nei dipartimenti dovrà essere sottoposto al Consiglio federale.

Destinatari:

Consiglio federale, dipartimenti, cancelleria federale, UPPER

UPPER:

- Istruzioni del Consiglio federale, proposte allo stesso nella primavera del 1991; le istruzioni entreranno probabilmente in vigore il 1. luglio 1991.

§ 92 Composizione delle commissioni

Raccomandazione 67: I posti vacanti nelle commissioni federali che non sono sistematicamente destinati a rappresentanti di associazioni saranno maggiormente aperti alle donne in funzione di un'adeguata rappresentanza femminile.

Destinatari:

Consiglio federale, Cancelleria federale, dipartimenti e uffici

Cancelleria federale:

- Ripetuti interventi parlamentari, attualmente allo studio nei servizi dell'amministrazione.

Amministrazione federale dei cereali:

- Quanto alla rappresentanza femminile nelle differenti istanze, l'ufficio può intervenire solo indirettamente e non in ogni caso (competenze nella nomina).

§ 133 Campagne di sensibilizzazione, pubbliche relazioni

UFC:

Ufficio federale dell'uguaglianza fra donne e uomini:

- Pubblicazione di opuscoli: La promozione delle donne. Una promessa da mantenere, 1990; Consultori per le donne in Svizzera, 1990; Parità di salario fra donne e uomini (sintesi del rapporto), 1990.
- Organizzazione di convegni: Legge sull'uguaglianza (2 novembre 1990); Le donne e la Comunità europea (7 dicembre 1990, in collaborazione con la Commissione per i problemi della donna); La promozione delle donne nelle imprese (1991).

Commissione federale per i problemi della donna:

- Pubblicazione del rapporto "Nehmen Sie Platz, Madame", 1990.

§ 136 Orario flessibile e reinserimento professionale

Raccomandazione 68: Il reinserimento professionale figurerà nell'ordinanza del DFF concernente l'istruzione professionale nell'amministrazione generale della Confederazione (ordinanza sulla formazione) o nelle direttive specifiche dell'Ufficio del personale. Si farà uso della possibilità di indicare nei bandi di concorso che il posto di lavoro si addice a una persona intenzionata a riprendere un'attività professionale o che esso può venir suddiviso in tempi parziali.

Destinatari:

DFF, UFFER, Servizi centrali del personale

UFFER:

- "Progetto per il settore della formazione: misure particolari per la formazione femminile nell'amministrazione federale";
- In collaborazione con il cantone e la città di Berna si sta realizzando un progetto concreto sulla formazione (corso-pilota nell'estate 1991).

Amministrazione federale dei cereali:

- Introduzione di orari di lavoro più flessibili, che facilitino il reinserimento professionale delle donne ed evitino loro di interrompere l'attività professionale.

§ 139,140 Congedi di maternità e congedi per genitori

Raccomandazione 70: Le possibilità di congedo non pagato offerte dall'amministrazione federale (un anno nel corso di una carriera professionale; quattro anni per impiegati del DFAE a determinate condizioni) sono spesso utilizzate come congedi di maternità o congedi prolungati per genitori. Le disposizioni che regolano tali congedi dovrebbero essere maggiormente diffuse e autorizzate dai servizi competenti. All'interno dell'amministrazione federale, l'interpretazione corretta delle disposizioni sul congedo di maternità e la possibilità di un suo prolungamento dovrebbero venir applicate e autorizzate in modo uniforme; occorre perciò istruire in merito i capi del personale.

Destinatari:

autorità preposte alle nomine nell'UFPER, servizi centrali del personale

UFPER:

- A partire dal 1° luglio 1989 la durata del congedo di maternità è stata portata da 8 a 16 settimane. Attualmente sono all'esame le possibilità di perfezionare il diritto al congedo pagato per la cura di figli ammalati o di altre persone bisognose di assistenza.

§ 200 Effetti delle nuove tecnologie

Raccomandazione 72: Gli effetti delle nuove tecnologie sul personale impiegato vanno analizzati periodicamente così da poter prevenire per tempo eventuali conseguenze negative, soprattutto per lo stato di salute degli interessati e la qualità del loro impiego.

Destinatari:

UFPER in collaborazione con l'UFO e gli uffici competenti

UFPER:

- Le direttive rivedute sono in vigore dal 1° gennaio 1990: l'UFIAML ha provveduto a una specifica formazione medica degli ispettori.

UFIAML:

- Sono state commissionate le ricerche seguenti: Effetti del lavoro allo schermo sulla gravidanza e la fecondità; Effetti sulla gravidanza dell'esposizione a sostanze chimiche.

INSAI:

- Compito permanente

§ 267, 359 Partecipazione a conferenze, congressi e seminari

Raccomandazione 73: Le collaboratrici dell'amministrazione federale dovrebbero avere maggiore occasione di partecipare a conferenze, congressi e seminari nazionali e internazionali, particolarmente per la trattazione di questioni riguardanti la parificazione, lo sviluppo, la pace e l'educazione alla pace.

Destinatari:

Tutte le segreterie generali e gli uffici federali, gli uffici del Consiglio nazionale e del Consiglio degli Stati, la Cancelleria federale, la segreteria dell'Assemblea federale, le frazioni politiche

UFC:

- Partecipazione regolare del Servizio per le questioni femminili ai lavori della Commissione europea per la

parificazione del Consiglio d'Europa a Strasburgo; invio di una delegazione svizzera, condotta dalla signora Judith Stamm, al congresso femminile dell'ONU del 1990 a Vienna.

DFAE:

- Viene attribuita un'importanza maggiore ai lavori miranti a sostenere i diritti delle donne e condotti da istanze internazionali (ad es. la "Commissione sulla condizione femminile" dell'ONU e il "Comité européen de l'égalité entre les femmes et les hommes" del Consiglio d'Europa). Rappresentanti femminili partecipano a queste sedute per quanto possibile. L'ambasciatrice signora Marianne von Grüningen dirige la divisione politica III (politica della pace e della sicurezza, disarmo), da cui dipende il servizio CSCE che ha un ruolo determinante nella politica svizzera nei confronti della CSCE.

VII. Sviluppo (§§ 93-231, 283ss., 292s., 298s., 322ss.)Destinatario delle raccomandazioni:

DSA

DSA:

- Sulla scorta delle raccomandazioni del rapporto finale di Nairobi, la DSA ha istituito nel 1990 un gruppo di lavoro "Donne e sviluppo".
- Attività nel 1990: misure per il rafforzamento del ruolo della donna nel processo di sviluppo, espone nel "Messaggio del 21 febbraio 1990 sulla prosecuzione della collaborazione tecnica e del sostegno finanziario in favore dei paesi in via di sviluppo".
- Attività nel 1991: priorità alla formazione (corsi di formazione sulla "Gender Analysis" per collaboratrici e collaboratori della DSA), seminario di formazione dedicato alla partecipazione femminile allo sviluppo nel Mali e nel Niger.

4. Conclusioni

Il rapporto finale del gruppo di lavoro interdipartimentale "Attività risultanti dal Congresso mondiale femminile dell'ONU di Nairobi" è stato generalmente ben accolto. L'esito del questionario è stato valido, in particolare presso i dipartimenti e gli uffici direttamente messi in causa dalle raccomandazioni.

Il controllo e la valutazione delle misure adottate a partire dal 1988 dal Consiglio federale si sono rivelati significativi. Il questionario inviato nel 1990 ha indotto i destinatari a prendere nuovamente in considerazione il rapporto finale, ricordando loro l'importanza delle misure proposte. Esso ha inoltre permesso di diffondere il rapporto finale fra gli enti che nel 1988 non ne erano stati portati a conoscenza, e di richiamarlo alla memoria di quanti lo avevano considerato soltanto marginalmente.

Le istituzioni che per mezzo del questionario hanno approfondito i contenuti del rapporto finale hanno assunto un atteggiamento positivo nei suoi confronti. Considerando le attività menzionate dai destinatari si può osservare come il rapporto finale abbia largamente contribuito a intensificare le attività già intraprese in favore della parificazione dei sessi. Inoltre, il rapporto in molti casi ha stimolato gli interessati a concepire e realizzare nuove misure, soprattutto a media e a lunga scadenza.

Le raccomandazioni vengono generalmente intese come uno strumento importante per la presa di coscienza delle questioni riguardanti le donne e l'uguaglianza. Gli enti interrogati considerano particolarmente importante la sensibilizzazione continua delle collaboratrici e dei collaboratori su tali questioni.

Si constata una chiara volontà di attuare le misure non solo a breve, ma anche a media e a lunga scadenza. Per facilitare la realizzazione di queste ultime si rendono talvolta necessari degli stimoli sotto forma di informazioni e suggerimenti e soprattutto di un maggiore sostegno e di una consulenza adeguata al momento della concezione delle misure, così da garantire un'attuazione significativa delle raccomandazioni.

Gli enti interrogati sottolineano la necessità di una valutazione continua dell'attuazione delle raccomandazioni. Viene inoltre richiesto un maggiore scambio d'opinioni fra i singoli destinatari delle raccomandazioni.

C. Sviluppi futuri

I membri del gruppo di lavoro interdipartimentale hanno riflettuto in modo approfondito per valutare le possibilità di uno sviluppo futuro, dichiarandosi disposti a proseguire nel loro compito. La collaborazione interdipartimentale si è rivelata utile al momento di giudicare l'attuazione delle raccomandazioni. Lo scambio d'informazioni sulle questioni femminili e di uguaglianza è stato migliorato, permettendo così di eliminare alcuni doppioni. I rapporti fra i dipartimenti andranno intensificati, in quanto l'attuazione delle raccomandazioni comporta la realizzazione di numerose misure trasversali che superano i limiti dipartimentali.

La prospettiva del prossimo Congresso mondiale femminile dell'ONU, che si terrà a Pechino o a Vienna nel 1995, è un motivo supplementare per proseguire l'attività del gruppo di lavoro. I membri del gruppo di lavoro dovrebbero continuare ad incontrarsi annualmente. Anche se i risultati sin qui ottenuti in seno all'amministrazione federale e al di fuori di essa sono soddisfacenti, gli obiettivi fissati dal Congresso di Nairobi non sono ancora stati realizzati in Svizzera.

Il gruppo di lavoro ha stabilito di definire delle priorità e di concentrare in futuro i suoi sforzi *sulle attività in seno all'amministrazione federale e su alcuni temi particolari*. Sulla scorta della maggiore sensibilità per i problemi femminili e di uguaglianza che si riscontra attualmente nell'amministrazione, occorre intensificare gli sforzi in vista di risultati migliori.

Particolare attenzione andrà dedicata alla presa di coscienza su questi problemi all'interno dell'amministrazione federale. Il gruppo di lavoro suggerisce perciò che gli enti interessati procedano alla redazione di un *rapporto biennale* sull'attuazione delle misure nei loro rispettivi ambiti. Il gruppo di lavoro sarebbe incaricato di procedere all'evaluazione dei rapporti e di pubblicarli.

Per i futuri rapporti dei dipartimenti e degli uffici si potrebbe prevedere una procedura più semplice di quella adottata per il questionario dell'autunno 1990, che ha permesso di chiarire questioni fondamentali (reazioni al rapporto finale, sua diffusione ed efficacia, elaborazione ed esecuzione di misure a breve, media e lunga scadenza, priorità, ostacoli all'attuazione delle misure, proposte miranti a colmare alcune lacune del rapporto). Il gruppo di lavoro intende allestire *una griglia* per semplificare e rendere più efficace la procedura, riprendendo forse quella utilizzata nel rapporto finale per enumerare le raccomandazioni e i rispettivi destinatari (v. appendice 1).

Oltre all'allestimento di questa griglia e alla valutazione dei rapporti dei dipartimenti e degli uffici, il gruppo di lavoro intende occuparsi maggiormente dello sviluppo e dell'attuazione delle singole misure. A questo scopo, esso dovrà tener conto particolarmente degli ostacoli menzionati dagli enti interpellati e che si frappongono alla realizzazione delle misure. La sensibilizzazione degli uffici e dei dipartimenti alle questioni di uguaglianza costituisce un obiettivo comune.

Il gruppo di lavoro suggerisce di organizzare apposite manifestazioni per incoraggiare *le istituzioni non facenti parte dell'amministrazione ad attuare le raccomandazioni che le concernono*. Si potrebbe ad esempio organizzare un convegno con la partecipazione degli enti interessati negli ambiti delle università e dell'educazione. Vi sono due buone ragioni per assegnare un carattere prioritario a questi settori: da una parte diverse istituzioni attive in quest'ambito sono interessate a uno scambio di opinioni su queste questioni, dall'altra la valutazione mostra che in questo settore esistono alcuni problemi di coordinamento. E' particolarmente difficile formulare una sintesi delle attività svolte nel quadro della promozione femminile nel settore dell'educazione e stabilire dei confronti con altri settori di attività a causa della complessità delle istituzioni e della diversa natura dei loro compiti. Il questionario ha rivelato l'esigenza di un miglioramento del coordinamento e di un'intensificazione degli scambi fra i singoli destinatari. Un *convegno* costituirebbe una buona occasione per realizzare uno scambio di informazioni e di opinioni sull'attuazione delle raccomandazioni del rapporto finale.

Per il seguito della sua attività, il gruppo di lavoro propone di sottoporre al Consiglio federale i seguenti punti per decisione:

- a. L'attività iniziata dal gruppo di lavoro interdipartimentale "Attività risultanti dal Congresso mondiale femminile dell'ONU di Nairobi" deve proseguire.

- b. L'attività futura va incentrata sull'attuazione delle raccomandazioni negli organi dell'amministrazione federale.
- c. I destinatari all'interno dell'amministrazione federale sono tenuti a formulare un rapporto biennale sull'attuazione delle raccomandazioni, servendosi della griglia che sarà elaborata dal gruppo di lavoro.
- d. Allo scopo di incoraggiare l'attuazione delle raccomandazioni da parte delle istituzioni che collaborano regolarmente con i servizi federali, il Consiglio federale incarica l'UFES, in collaborazione con gli enti interessati, di organizzare un convegno con la partecipazione dei destinatari operanti nel settore universitario e dell'educazione.

Chancellerie fédérale	52, 63, 64
Départements	
(à l'ensemble des départements)	52, 63, 64, 67
Services centraux de personnel	64, 68, 70
Départements et offices fédéraux:	
OFAS (à l'ensemble du département)	29, 31, 32, 63
OFI (à l'ensemble du département)	25, 37, 43
- OFIC	40, 53
- OFIS	12-20, spéc. 15, 16, 21, 24, 27
- OFIS	1-11, 39, 41, 55, 56, 61
- OFIS	14, 22, 27, 36
- OFIS	37, 38, 39, 40, 41, 43, 51, 56
OFV	-
- OFV	53
OFV (à l'ensemble du département)	29, 34
OFV (à l'ensemble du département)	54, 55, 56
- OFV	59, 64, 65, 66, 68, 69, 70, 71
	72
OFEP	-
- OFIANT	11, 12, 13, 40, 50, 51, 57, 62
Bureau du Conseil national	
Bureau du Conseil des Etats	
Secrétariat de l'Assemblée fédérale	

D. Appendice

questo gruppo di lavoro suggerisce che gli enti interessati...

Per il gruppo di lavoro interpartimentale...

Allo stesso tempo di questa griglia e alla valutazione del...

Il gruppo di lavoro suggerisce di organizzare apposite...

Per il seguito della sua attività, il gruppo di lavoro...

Le attività iniziate dal gruppo di lavoro interpartimentale...

Liste des destinataires des recommandations

A

Conseil fédéral	25, 31, 33, 54, 62, 63, 66, 67, 71
Administration fédérale (à l'ensemble de l'administration)	19, 35, 36, 67, 74
Chancellerie fédérale	62, 63, 64
Départements (à l'ensemble des Départements)	62, 63, 66, 67
Services centraux du personnel	64, 68, 70
Départements et offices fédéraux:	
DFAE (à l'ensemble du département)	29, 31, 32, 63
DFI (à l'ensemble du département)	25, 37, 45
- OFC	40, 59
- OFSP	12-28; spec. 15, 16, 21, 24, 27
- OFS	1-11, 39, 41, 55, 56, 61
- OFAS	14, 22, 27, 28
- OFES	37, 38, 39, 40, 41, 43, 55, 56
DFJP	-
- OFJ	59
DMF (à l'ensemble du département)	29, 34
DFE (à l'ensemble du département)	64, 65, 68
- OFPER	59, 64, 65, 66, 68, 69, 70, 71 72
DFEP	-
- OFIAMT	13, 28, 39, 40, 60, 61, 69, 72

B

Bureau du Conseil national	
Bureau du Conseil des Etats	74
Secrétariat de l'Assemblée fédérale	

C

Institutions fédérales ne faisant pas partie de l'administration et institutions cantonales et privées:

Commission fédérale de maturité (CFM)	37
Concordat des caisses-maladie suisses	15, 16, 22
Commission nationale suisse pour l'UNESCO	30
Croix-Rouge suisse (CRS)	39
Conférence des directeurs des affaires sanitaire	12-28
Association suisse pour l'orientation universitaire (ASOU)	38, 40, 41, 44, 55, 56
Conseil suisse des écoles de service social (CSESS)	22
Centre suisse de documentation en matière d'enseignement et d'éducation (CSDEE)	37
Association suisse des professeurs d'université	40, 45
Conférence des universités suisses (CUS)	38, 41, 42, 45, 46, 47, 50, 51, 52, 53, 57, 58, 71
Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS)	35, 36, 45
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique	30, 35, 36, 37, 46, 47
Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNSRS)	33, 35, 36, 38, 41, 42, 43, 46, 47, 49, 50, 51, 52, 59, 71
Conseil des écoles polytechniques fédérales	53
Conseil suisse de la science (CSS)	41
Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accident (CNA)	13, 28
Union nationale des étudiants de Suisse (UNES)	38, 41

Association Feminisme, Femmes,
Recherche

45

Société suisse des professeurs
de l'enseignement secondaire (SSPES)

46, 47, 48

QUESTIONNAIRE

Concernant la concrétisation des mesures proposées dans le rapport
final 'Suivi de la Conférence mondiale de Nairobi de la Décennie
des Nations Unies pour la Femme' (1980)

Nom de votre service/institution:

Localité:

Le rapport final a-t-il été distribué au sein de votre service
ou de votre institution?

Oui

Non

Si oui, à quelles personnes?

Le rapport final a-t-il été présenté et discuté?

Oui

Non

OFFICE FEDERAL DE LA CULTURE
Section IV
Service des questions féminines

QUESTIONNAIRE

concernant la concrétisation des mesures proposées dans le rapport final "Suivi de la Conférence mondiale de Nairobi de la Décennie des Nations Unies pour la femme" (1988)

1. Nom de votre service/institution:

.....
.....
.....
.....
.....
.....

Généralités

2. Le rapport final a-t-il été distribué au sein de votre service ou de votre institution?

- Oui
- Non

3. Si oui, à quelles personnes?

.....
.....
.....
.....
.....
.....

4. Le rapport final a-t-il été présenté et discuté?

- Oui
- Non

[] compétence assumée par:

Concrétisation des mesures

8. Des mesures ont-elles été prises sur la base du rapport?

[] Oui

[] Non

9. Si oui, lesquelles?

10. Si tel n'est pas le cas, pourriez-vous nous en indiquer les motifs?

15. Si oui, lesquelles?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

16. Sur quelles bases avez-vous fixé vos priorités?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

17. Quelles réactions ont suscité les mesures qui ont été prises?

- positives
- plutôt positives
- plutôt négatives
- négatives
- indifférence

autres réactions:

.....
.....
.....
.....

.....
.....
.....
.....
.....
.....

18. Activités futures

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Analyse

19. Où le rapport pourrait-il assurer un soutien et/ou servir de référence?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

